

Wir woll'n ein Haus, ein kunterbuntes Haus

Ob Wien, Linz, Graz oder Zürich.... überall stehen Mann und Frau einer Mauer der Spekulation und "Sanierung" gegenüber. Doch in allen diesen Städten rührt sich Widerstand. Wir berichten diesmal von der symbolischen Besetzung

des WUKs in Wien, den jüngsten Entwicklungen um das Haus Sterngasse 4 in Graz, der Sanierungspolitik in Linz-Urfahr und dem Wohnungsnotstand in Zürich.

WUK schon wieder besetzt.

(tb)

Am 17. April war das "Werkstätten- und Kulturhaus" WUK für einige wenige Stunden neuerlich besetzt. Eigentlich sollte die symbolische Besetzung zwei Tage andauern. Sie wurde aber nach mehr oder weniger befriedigenden Verhandlungsergebnissen

tik wie folgt zusammen:

"Die seit Jahren praktizierte Schrebergartenpolitik des WUK-Vorstandes entwickelte sich in den letzten Monaten zu einer beständigen Gefahr für jede Gegenkultur in Wien. (...) Die Versuche des WUKs, die von der Ge-

Außerdem in diesem TATblatt:

Opernball-Spätfolgen:
Sanjin Ostermann in U-Haft

Wieder Widerstand gegen Abfangjäger in der Steiermark

Der Flughafensozialdienst Wien-Schwechat berichtet:
Abschiebungen hinter verschlossenen Türen

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD & Westberlin

Prozeß gegen Ingrid Strobl in der Endphase

Brasilien:
Konflikt zwischen Vatikan und Basisgemeinden

u.v.a.



vorzeitig abgebrochen.

Mit der Aktion sollte der WUK-Vorstand zu einer Stellungnahme zu einer Fülle von Vorwürfen gezwungen werden. Ein Flugblatt faßte die Problema-

meinde Wien betriebene Politik der Denunzierung, Zersplitterung und Spaltung mit anderen Mitteln fortzusetzen und letztendlich zu exekutieren, fand im Rausschmiß der Aegidi/Spalos ihren vorläufigen Höhepunkt.

WUK-Besetzung

Fortsetzung von Seite 1

Die Aegidi/Spalos sind nicht freiwillig aus dem WUK ausgezogen; sie wurden zum Teil durch körperliche Gewalt dazu gezwungen. Die Frage einer Rückkehr der gerade eben aus dem Gebäudekomplex Oswaldgasse 31 geräumten MitgliederInnen der Hausgemeinschaft AE/S würde mit Hilfe bezahlter Schlägertrupps endgültig gelöst. Der Zweck/Die Mittel: In Zeiten zunehmender Fremdenfeindlichkeit werden vom Vorstand Ausländer zur "Erledigung der Drecksarbeit" herangezogen.

Gleichzeitig versuchte man(n) den Konflikt mit dem Autonomen Frauen-Kommunikationszentrum ebenfalls durch Aussperrung zu lösen: Obwohl das WUK seit Jahren Subventionen für alle Bereiche des WUKs erhält, wurden und werden diese stets dem Frauenzentrum vorenthalten und dem Vorstand zugeschanzt (1 Mio jährlich).

Mitgliedsansuchen vorstandskritischer Menschen werden statutenwidrig zurückgewiesen.

Wir müssen davon ausgehen, daß das WUK längst kein autonomes und selbstverwaltetes Kulturzentrum mehr ist. Es entwickelt sich immer stärker zu einem von Gemeindegeldern finanzierten gemeindehörigen Reservoir von Jung-Kulturunternehmern.

Führende WUKerInnen werden von der Stadt Wien in SP-abhängigen Gremien und Beiräten durchgefüttert (...)

Personalpolitisch kommen Mitglieder des WUK-Theaterbereichs (Kiskilla) bei interner Postenvergabe auffällig oft zum Zug.

Das WUK wird als sozial- und kulturpolitisches Schmuckkasterl und Beweis kommunalpolitischer Liberalität verkauft. Die Machenschaften des Vorstandes gehen daher alle etwas an:

Als erster Ansatz einer notwendigen Diskussion über Politik/Struktur des WUK verlangen wir:

*die Herausgabe einer Broschüre/MitgliederInnen-Information, in der alle beteiligten Gruppen (Frauenzentrum, Aegidi/Spalos, BesetzerInnen, WUK-Gruppen und Vorstand) ausreichend Platz haben, ihre Positionen darzulegen!

*Das Autonome Frauenkommunikationszentrum muß die ihr zustehenden Subventionsmittel bei Beibehaltung völliger Autonomie ausbezahlt bekommen. Schluß mit den Schikanen

ins Frauenzentrum gelangen konnten, erkämpften wiederholt die Öffnung versperrter Türen. Ein Wiederversperren wurde seitens von UnterstützerInnen der BesetzerInnen durch Verkleben oder Verstopfen der Schlösser wiederholt verhindert.

Der WUK-Vorstand erwog zur Wiedererlangung seiner Räumlichkeiten auch einen massiven Polizeieinsatz und besprach diesen auch schon in einem Zehn-Augen-Gespräch an der



gegen das FZ (Frauenzentrum)!

*Solidarität mit Aegidi/Spalo!"

Die Besetzung:

Punkt 18 Uhr wurden die Verwaltungs- und Vorstandsbüros des WUKs von etwa 20 Leuten im Handstreich besetzt, wenngleich die anwesenden vier WUK-Leute, den Ernst der Lage nicht gleich ernst nahmen. Nach einiger Zeit gerieten sie doch in Wut, und waren schließlich sogar größtenteils zum Abzug zu bewegen. Nur ein WUK-Vorstandsmitglied blieb als Aufpasser zurück. Während es im Haus kaum nennenswerte Streitereien gab, kam es im Hof doch gelegentlich zu Handgemengen, die durch Versuche seitens des WUKs, verschiedene Türen zu blockieren, ausgelöst wurden. Besonders Frauen, die nicht

Bar des WUK-Beisls. Ober-Stapozist Zander und zwei seiner Kollegen boten zwei WUK-Vorstandsmitgliedern an, die Entscheidung zur Räumung mit ihnen gemeinsam und mit Polizeipräsident Bögl allerhöchstpersönlich treffen zu dürfen, und auch während der Räumung ein Wörtchen mitreden zu dürfen. Das WUK nahm dankend an, machte die Räumung aber vom Mißerfolg geplanter Verhandlungen mit den BesetzerInnen abhängig.

Diese Verhandlungen wurden auch geführt, mit Rechtsanwalt Thomas Prader als Vermittler. Um während der Verhandlungen die BesetzerInnen zu zermürben, wurde seitens des WUKs den besetzten Räumlichkeiten der Strom abgedreht (mit der offiziellen Begründung, daß dies aus Sorge um den Datenschutz geschehe, da andernfalls die Computer unerlaubter-

weise benutzt werden könnten). Nachdem weitere Verhandlungen seitens der BesetzerInnen von der Wiedereinschaltung des Stroms abhängig gemacht wurden, leistete der Vorstand dieser Forderung Folge.

Es war ein paar anderen übereifrigen WUK-Leuten vorbehalten, wenig später doch wieder die Sicherungen hinauszuschrauben. Nachdem schließlich unglückseligerweise, aber guten Willens, gerade die Tür, die zum Sicherungsschrank führte, von Besetzungs-SympathisantInnen verklebt wurde, war zumindest eine offizielle Begründung geliefert, den Strom nicht mehr einschalten zu können.

Und so endete die Besetzung schließlich gegen Mitternacht bei Kerzenschein und einem kleinen Vertrag, der einvernehmlich geschlossen wurde. Dieser Vertrag ist bei Nichteinhaltung zwar nicht juristisch einklagbar, aber politisch durchkämpfbar. Schließlich könne man/frau ja jederzeit wiederkommen...

Der "Vertrag":

Der Vorstand des Vereins (WUK) und Dr Thomas Prader, RA, halten folgendes Ergebnis der Besprechung mit den Besetzern/innen des WUK-Mittelhauses fest:

1) Der Verein erstellt eine Broschüre zum Thema "WUK-Besetzung Aegidi/Spalo", Auflage 3.500 Stück, davon 1.000 für diverse nicht zum WUK gehörende Gruppen.

2) Bei der Erstellung der Broschüre werden neben sämtlichen WUK-Gruppen folgende Gruppen zur unentgeltlichen Mitarbeit eingeladen:

- Tatblatt
- Aegidi/Spalo
- Rechtshilfe
- Infoladen
- Frauzentrum
- GE
- Grüne

Jeder Beitrag umfaßt höchstens 5 Seiten
Redaktionsschluß 1. Juni 1989

Die Beiträge der Nicht-WUK-Gruppen

(tb-graz)

Anfang 1989 wurde in Graz das Objekt Ägydigasse 14-16 von einer Gruppe junger Leute besetzt. Die BesetzerInnen forderten ein Haus zur Errichtung eines autonomen "Sozial- und Kulturzentrums", in dem die Bereiche Wohnen, Arbeit und Kultur miteinander verknüpft werden sollen. Nach einwöchigen Verhandlungen sagte die Stadt Graz (Stadtrat Messner, Bgm Stingl) den BesetzerInnen zu, eines von 3 vorgeschlagenen Ersatzobjekten auswählen zu können. Dies wurde vertraglich festgelegt (siehe TATblatt-minus-97 und 95). Daraufhin wurde die Besetzung friedlich beendet. Nach Konstituierung eines Vereins (Forderung der Stadt Graz) wurde das Objekt Sterngasse 4 ausgewählt. Von den drei Objekten, die von der Stadt Graz angeboten wurden, entsprach zwar auch dieses nicht den Vorstellungen der BesetzerInnen, da aber keine anderen Möglichkeiten bestanden,

werden layoutiert und druckfertig geliefert. Vor Andruck werden diese Beiträge von Dr Thomas Prader auf ihre Identität geprüft. Den Versand an die Bezieher der WUK-Information übernimmt das WUK (2.500 Stück). 1.000 Exemplare werden zur Verteilung an die Nicht-WUK-Gruppen ausgehändigt.

Für die Kosten von Druck, Papier und Versand (2.500 Stück) kommt das WUK auf. Fertigstellungstermin: 30. Juni 1989

3) Diese Vereinbarung wird unter der Bedingung abgeschlossen, daß das Mittelhaus von den Besetzern bis spätestens 24 Uhr, ohne Nachfrist geräumt wird und sich nach diesem Termin keine Besetzer/innen mehr auf dem Gelände des WUK befinden.

174.89

23.25

f.d.Vorstand: Lechner, Obmann; Dittrich,

Obfrau Stv. Hary Spiegel

Dr Thomas Prader

Das Ende des Projekts "Freies Haus für Graz"?

wurde auf diesen Kompromiß eingegangen. Daher wurde von den BesetzerInnen intern die inhaltlichen Vorstellungen auf das Projekt Sterngasse 4 ausgearbeitet: 8 Zimer für Wohnen, Info-beisl, eine Hütte im "Garten" für Werkstatt...

Daraufhin nahm die Stadt Graz Verhandlungen mit dem Eigentümer auf. Letzte Woche gelang es, die Verhandlungen konsensmäßig abzuschließen. Das Projekt sollte nun am 14.4. im Stadtsenat behandelt werden und am Nachmittag sollten die konkreten Übergabemodalitäten mit den Besetzerinnen (Schlüsselübergabe etc) vereinbart werden. Dazu kam es jedoch nicht. Vizebürgermeister Edegger (ÖVP), der bis zum obigen Zeitpunkt weder in die Verhandlungen involviert war, noch jemals auch nur das mindeste Interesse an diesem Projekt

Fortsetzung nächste Seite



Wieso länger Auto-Clubs unterstützen, über deren Politik Sie sich ärgern?

NEU einsteigen! JETZT umsteigen!

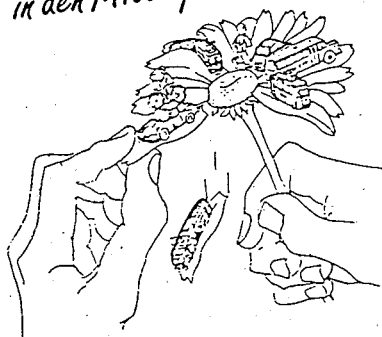
Denn es gibt eine Alternative: **Verkehrsclub Österreich**

Auch für Sie!

Der Verkehrsclub für alle Umweltbewußten. Mit den Dienstleistungen für alle Verkehrsteilnehmer.

...österreichweit tätig, international eingebunden, politisch unabhängig, konsequent ökologisch orientiert

Für eine Verkehrspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt!



VCÖ Tel. (0222) 85 83 86
Dingelstedtgasse 15
A-1150 Wien

Die Ziele des VCÖ...

...können nur verwirklicht werden, wenn Verkehrsteilnehmer nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden!

Ich möchte eine Gratis-Nr. der VCÖ-Zeitung und nähere Informationen zum VCÖ.

Name _____
Adresse _____

VCÖ
Cupon einstecken

Perspektiven im Häuserkampf

(eine Autonome Gruppe)

wir sind junge menschen, die so wie alle anderen auch, irgendwo wohnen wollen und müssen.

wir haben zu wenig geld, um uns eine wohnung, die groß genug ist, zu mieten, so wie viele anderen auch.

und wenn wir uns so umschaun und die gründe dafür suchen, stellen wir fest, daß nicht wir so faul sind und deshalb nix anderes verdienen, sondern, daß das schon seine ordnung hat. die ordnung derer nämlich, die sich an allen ecken und enden dieser stadt ihre profite organisieren. wer in den letzten jahren mit offenen augen durch die stadt gegangen ist, hat sicher bemerkt, daß sich da einiges verändert. wien soll vorzeigbarer und konsumierbarer werden, für die touristen

Fortsetzung vom Ende für das freie Haus in Graz

artikuliert hatte, forderte namens seiner Fraktion die Zurückstellung des Projekts, da er angeblich ein besser geeignetes, ebenfalls noch in Privatbesitz befindliches, Objekt ausfindig gemacht hätte. Die Zurücklegung des Projekts war laut Geschäftsordnung des Stadtsenats zu gewähren (die Grazer "Stadtregierung" besteht aus einer großen Koalition, wobei die SPÖ den Bürgermeister und die ÖVP den Vizebürgermeister stellt)

Wieder einmal versuchen nun staatliche Institutionen, ein versprochenes Projekt durch vorgeschobene innerinstitutionelle Schwierigkeiten zu verhindern. Die BesetzerInnen stehen, allen rosaroten Versprechungen zum Trotz, im Regen auf der Straße. Die BesetzerInnen fordern daher ein Ende der Verschleppung des Projekts. Sie haben alle Forderungen der Stadt Graz bezüglich des Projekts erfüllt und fordern das gleiche von der Stadt Graz. Es sollte endlich Schluß sein mit so manchen leeren Worten der Politprofilierer. Die BesetzerInnen warten schon lange genug.

die ihr geld ausgeben sollen um ein be-

stimmtes image von österreich ins ausland zu transportieren. und für die rechtschaffenen bürger, karrieristen und yuppies, also für die, die geld haben, soll es angenehm zu leben und einkaufen sein. um dieses ziel zu erreichen gibt es einiges zu tun, weil es eben nicht nur vorzeigbare menschen und gegenden gibt.

wohnraum wird, wie alles im kapitalistischen system, zu ware. dies nützt nicht nur den hausbesitzern, die monatlich die miete kassieren, sondern auch denen, die im fahrwasser drin hängen, wie die bauindustrie und die spekulanten.

für uns heißt das, schlicht und einfach mehr geld für die mieten locker zu machen, also mehr arbeiten zu müssen. mit dem mietrechtsreformgesetz von 1982 erreichten die belastungen auf dem wohnungssektor eine neue qualität. das neue mietsystem versuchte, "durch ein differenziertes ökonomisches anreizsystem die hausbesitzer zu vermehrten reparaturinvestitionen zu bewegen". in der folge kam es zu einer steigerung der investitionen in der althausanierung. die gemeinde wien, die über eine viertel million gemeindewohnungen herrscht und damit größter hausbesitzer österreichs ist, hatte vorrangiges interesse an dieser reform. hausbesitz sollte wieder profitabel werden. dieser angriff auf uns läßt sich in zahlen fassen:

-zwischen 1975 und 85 stiegen die durchschnittlichen mietkosten für althäuser, die in der zeit von 1919-1945 erbaut worden waren, um stolze 263%. es handelt sich vorrangig um die klassischen gemeindebauten aus dem "roten wien". konkret heißt daß, der preis stieg von öS 6,70 pro m² 1975 auf öS 24,30, 1985.

doch das faktum steigender wohnkosten ist - isoliert betrachtet - nur wenig aussagekräftig für das ausmaß der belastungen, die dadurch entstehen können.

-im gleichen zeitraum stiegen die lebenshaltungskosten um ca 5% pro jahr, die mietkosten um 10,3%. anders ausgedrückt: das durchschnittl. arbei-

ter/inneneinkommen stieg in diesen 10 jahren um 63%, der wohnungsaufwand um 166% also dreimal so stark.

-zwischen 1981 und 1985, in nur 4 jahren, stiegen die haushaltsnettoeinkommen in wien um durchschnittlich 17,2%, der wohnungsaufwand aber um 54,3%. der anteil der menschen, die mehr als 15% ihres lohnes fürs wohnen zahlen, betrug 1981 rund 20%, 1985 waren es bereits 38% und die tendenz ist weiter stark steigend.

auch die übrigen kapitalisten ziehen über wohnen als ware ihren nutzen. mehr miete zu zahlen bedeutet z.b. größeren arbeitszwang und angst vor drohender obdachlosigkeit. hier wird die ware (miete) als instrument der herrschenden klasse zur disziplinierung und kontrolle der bevölkerung eingesetzt. dies beginnt schon bei der planung von ganzen stadtteilen und sanierungsgebieten. geplant wird unter dem aspekt der besseren verwertung der bewohnerInnen. und wer kein geld hat, hat auch kein recht auf menschenwürdigen wohnraum.

eine wohnung, die wir uns leisten können und die unsere bedürfnisse befriedigt (für jedeN von uns ein zimmer, einen gemeinschaftsraum, küche, bad und wc) am wohnungsmarkt zu bekommen, erscheint uns als unmöglich. wir sind wie gesagt nicht in der lage utopische mieten und ablösesummen für kleine löcher zu bezahlen und wollen dies auch gar nicht. billiger wohnraum wird jedoch immer mehr zerstört. sei es durch den abriß alter häuser, an deren stelle teure betonsilos, die jede kommunikation verhindern, gebaut werden oder sei es durch die "sanierung" alter häuser. nach einer "sanierung" von wohnungen/häusern steigt die miete ins unermeßliche. durch die "sanierung" wurden/werden menschen aus ihren angestammten wohnungen vertrieben, die sich die hohen mieten nicht mehr leisten können. so geschehen anfang der 80iger jahre am spittelberg und in den letzten jahren verstärkt in gumpendorf und margareten (alles wr. bezirke). statt billigem wohnraum gibt es jetzt teure hotels, schicky-micky beisein, u-bahnen etc. schön jetzt ist es

wie gesagt keine seltenheit mehr, daß für mieten bis zu 25% des arbeitslohnes aufgewendet werden. das heißt immer mehr menschen werden gezwungen, auch schlechtbezahlte und ungarantierte arbeitsverhältnisse einzugehen um sich die mieten zahlen zu können. menschen die den kapitalistischen ansprüchen "nicht gewachsen" sind oder die bewußt gegen dieses system kämpfen haben also kein recht auf wohnraum.

da wir erkannten, daß die hausbesitzer (egal ob gemeinde, bund, oder private) uns nicht freiwillig die leeren wohnungen bzw. häuser überlassen werden wir uns nehmen, was wir brauchen. die herrschenden hätten am liebsten, wenn jede und jeder von uns einzeln irgendwo wohnen und arbeiten würde, ohne kommunikation und diskussion untereinander. so ist auch die planung neuer wohnsilos angelegt. es geht darum, daß die herrschende familienstruktur, also kernfamilie, erhalten bleiben. jede familie in ihrem eigenen loch, privatisiert und isoliert von den anderen. so wird versucht solidarität unter den menschen von vorneherein zu unterdrücken und die eigenen probleme nur als individuelles unglück begriffen. die folge dieser vereinzelung und unverarbeiteten ständigen unterdrückung ist gewalt, tagtäglich gegen frauen und kinder in der anonymität der kernfamilie.

ein teil jeder haus/wohnungsbesetzung ist es, diese unmenschlichen strukturen zu durchbrechen, und ihnen unsere vorstellungen von selbstbestimmten leben und kollektivität entgegenzusetzen. und gerade diese kollektivität wollen die herrschenden mit allen mitteln verhindern. aus diesem grund wurden auch im sommer die beiden besetzten häuser im sanierungsgebiet gumpondorf geräumt

und sofort zerstört. die gemeinde bot nach 14tägigem häfen den besetzerInnen ein weitabgelegenes und viel zu kleines haus an. aber, so wie wir gemeinsam wohnen und leben wollen, wollen dies auch die ex-bewohnerInnen der ägidi/spalo. appelle an die gemeinde bringen da nichts mehr, da sie jahrelang die chance hatte, uns wohnraum zu verfügung zu stellen, den wir für geeignet empfinden, aber aus den obengenannten gründen natürlich kein interesse daran hat.

kollektivität ist nämlich der ansatz dieses unmenschliche system anzugreifen. sie können es nicht dulden, daß es "freiräume" gibt und dass menschen miteinander kommunizieren. es war ihnen unangenehm, daß es in der ägidi/spalo strukturen gab, die für sie nicht mehr kontrollierbar bzw. integrierbar waren. doch nicht nur wir sind von dieser asozialen politik betroffen. der unterschied zu den 10000enden anderen menschen ist der, daß wir uns gemeinsam wehren (wollen). wenn jetzt der frühling kommt, werden auch heuer wieder zahlreiche menschen delogiert werden, obwohl über die medien wirtschaftsoptimismus verbreitet wird. doch davon haben wir nix. wir bemerken lediglich, daß wir immer höhere mieten zahlen sollen, daß sich auf dem arbeits- und sozialamt die bedingungen verschärfen um zu geld zu

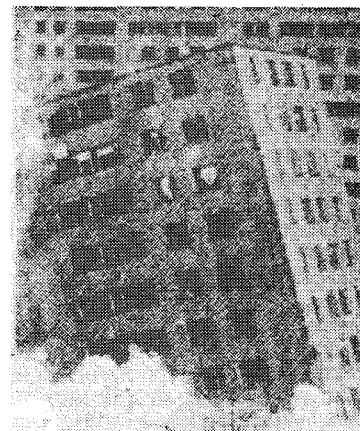
kommen, bzw. in der arbeit die ausbeutungsmechanismen verschärft werden.

wir wissen, daß reden alleine nichts bringt und greifen deshalb zur selbsthilfe. wir begeben uns auf offensive wohnungssuche.

KAMPF DER SPEKULATION UND ALTSTADTZERSTÖRUNG FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN UND WOHNEN

HER MIT DER OSWALDGASSE FINGER WEG VOM ROTSTILZCHEN

NEHMEN WIR UNS DEN WOHNRAUM DEN WIR BRAUCHEN



Reagge
Funk Punk Rock
Funk Soul

Das neue
LOKAL

mal was anderes
seit 1. April

Schönborng. 11
1080 Wien
tägl. 18 Uhr bis 2 Uhr

Linz: Wieviele Häuser noch?

(he/Linz)

Das älteste und traditionsreiche Linzer Cafe Landgraf schloß mit dem letzten Betriebstag, dem 11. April seine Pforten. Die BesitzerInnen sahen sich nicht mehr in der Lage, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Mit dem Ende des Cafe Landgraf verloren nicht nur der dort ansäßige Go- und Schachverein ihren Unterschlupf, sondern Linz ist dadurch auch um einen beliebten Veranstaltungsort für Konzerte und Festln und um einen Treffpunkt für jung und alt ärmer geworden.

Am 7. und 8. April fanden die letzten, gutbesuchten Konzerte statt, es kamen bis zu 1200 Leute. Es bildete sich eine autonome "Arbeitsgemeinschaft zur Rettung des Cafe Landgrafs". Diese wehrt sich vor allem gegen die, von der Stadt Linz betriebene, "Stadtteilsanierung". Der Linzer Gemeinderat empfiehlt der Ärztekammer (dem derzeitigen Besitzer des Hauses Landgraf) das Gebäude der Schweizer Firma

Sutter & Sutter zu verkaufen. Diese Firma zerstört durch ihre "Sanierungsmaßnahmen" die Strukturen des Wohn- und Kulturviertels Alt-Urfahr-Ost. Ein vor zwei Jahren besetztes Haus ("Oxenwirt"), das auch im Besitz der Firma Sutter & Sutter war, wurde geräumt und abgerissen, und somit standen einige Obdachlose mehr auf der Straße. Ganz Alt-Urfahr-Ost ist zum größten Teil im Besitz der Firma Sutter & Sutter. Und darum ist es nicht verwunderlich, daß auch die schon über Linz hinaus bekannte "Stadtwerkstatt" ihr Gebäude verlassen muß, da auch ihr Haus der Zerstörungspolitik zum Opfer fällt.

Mit der Unterstützung der Firma Sutter & Sutter verfolgt die Stadt Linz eine Zerstörungspolitik, im Zuge derer dieser idyllische Stadtteil in ein nobles Geschäftsviertel umgewandelt werden soll. Deshalb fordert die "Arbeitsgemeinschaft zur Rettung des Cafe Landgrafs", durch zahlreiche Unterschriften unterstützt, die Stadt

Linz auf:

- das Gebäude Hauptstraße 12 (= Cafe Landgraf) der Ärztekammer abzukaufen oder zu pachten, es zu renovieren -

- und schließlich als autonomes Kulturprojekt (und somit auch als Schach- und Go-Zentrum) zur Verfügung zu stellen -

- und außerdem die darüberliegenden, seit vielen Jahren leerstehenden Wohnungen in diesem Sinne zu nutzen.

Wer diese Forderungen unterstützen will, soll Unterschriftenlisten unter der Adresse "Arbeitsgemeinschaft zur Rettung des Cafe Landgrafs", Postfach 39, 4046 Linz anfordern, oder an diese Adresse schicken.

Die Arbeitsgemeinschaft veranstaltete auch schon mehrere Info-Stände. Weiters wurde die Fußgängerzone mit gemalten Kaffeetassen verziert.

Obdachlosigkeit:

Konflikt zwischen SozialarbeiterInnen und Gemeinde Wien

(Kontraste)

Von den österreichweit geschätzten 23.000 Obdachlosen leben mehr als 9.000 in Wien. In ganz Österreich gibt es gegenwärtig aber nur 4.700 Not-schlafstellen, knapp die Hälfte davon in der Bundeshauptstadt.

Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß vor allem die Zahl junger Menschen wie auch der Anteil der Frauen steigt. Bereits ein Viertel der von Obdachlosigkeit betroffenen Personen ist jünger als 25 Jahre, der Frauenanteil beträgt ein Fünftel.

Die Zahl jener, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, wird auf rund 200.000 Menschen geschätzt. Allein in Wien lebten, einer IFES-Studie zufolge, 1986 mehr als 100.000 Menschen unter der Armutsgrenze. Der Anteil der Wohnungskosten dieser

Haushalte beträgt fast die Hälfte ihres Budgets.

Ein Indikator für drohende Verarmung sind Delogierung und Mietzinsrückstände. Im März 1988 waren allein in Wiener Gemeindewohnungen rund 1.000 Delogierungsverfahren anhängig. 11.476 Mieter hatten Mietzinsrückstände von zusammen fast 75 Millionen Schilling.

Die Gemeinde Wien plant derzeit zu den bereits existierenden Notunterkünften für Obdachlose eine weitere Not-schlafstelle mit 300 Betten. Kostenpunkt: 70 Millionen Schilling. Mit diesem Vorhaben ist die Gemeinde allerdings nun auf den Widerstand von einer Reihe von Sozialprojekten sowie SozialarbeiterInnen gestoßen, die sich in der "Plattform gegen Armut, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit" zusammengeschlossen haben.

Wichtigster Kritikpunkt der "Plattform": Massenquartiere lösen nicht das Problem der Obdachlosigkeit und mit der neuen Not-schlafstelle werde die Ghettoisierung der Betroffenen weiter vorangetrieben,

Anstelle der Einrichtung neuer Massenquartiere fordert die "Plattform" integrative Maßnahmen: Unter Begleitung von SozialarbeiterInnen sollten sogenannte Nicht-sesshafte schrittweise in unterschiedlichen Wohnformen "wohnen lernen". Diese Funktion könnte zum Teil die von der Gemeinde Wien eingerichtete "Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze Bürger in Not" übernehmen. Sie wird allerdings erst in den nächsten Jahren 70 Plätze zur Verfügung haben und bleibt damit nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Zürich: Jeden Donnerstag Auflauf

(tb:gr)

Spekulation hat mit Speck nichts zu tun. Oder doch? Im Speckbauch der Schweiz, der Banken- und Versicherungsmonopole Zürich, wo der Preis für ein Miethaus schon einmal innerhalb eines Jahrzehnts aufs Achtfache klettern kann, ist der (Miet-)Wohnraum knapp geworden. Und die Betroffenen rufen den Wohnungsnotstand aus und sammeln sich zum Widerstand "gegen den Speck". (Den - ulanten nämlich)

Anfang dieses Jahres waren in Zürich gerade 46 Wohnungen offiziell als leer gemeldet, das entspricht etwa 0,02% des gesamten Wohnungsbestandes. Gleichzeitig werden jährlich 400 bis 600 Wohnungen zweckentfremdet, fast so viele, wie neu entstehen (etwa 800 im letzten Jahr). Kein Wunder, wenn der immer knapper werdende Wohnraum auch immer teurer wird: seit 1980 sind die Mieten um 55 bis 80% gestiegen, 2000 Franken (ca 17000 Schilling) für eine Vierzimmerwohnung sind alltäglich, um jede freie

Obdachlose-Fortsetzung

Die "Plattform" fordert deshalb die Ausweitung des Wohnungskontingents der "ARGE" sowie eine bessere und längerfristige finanzielle Absicherung der Sozialeinrichtungen. Darüber hinaus verlangt die "Plattform" einen leichteren und unbürokratischeren Zugang zu leeren Gemeindewohnungen und im Besitz der Gemeinde befindlichen leerstehenden Wohnhäusern.

Auch der Wiener "Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit" bezeichnet die Einrichtung eines neuen Massenquartiers als "unverständlich". Der Verein plant gegenwärtig eine Not schlafstelle für Erwachsene mit zwölf Plätzen. Der Verein zieht aus seiner 20-jährigen Arbeit den Schluß, daß kleinere Wohnheime wesentlich effizienter arbeiten können. Der Grund: In dieser überschaubaren Wohnform kann auf die Persönlichkeit der Betroffenen eingegangen, ihre Stärken gefördert und dauerhafte Veränderungen ermöglicht werden.

Wohnung raufen sich einige hundert InteressentInnen. Kein Wunder daher auch, daß der Immobilienmarkt immer interessanter, weil gewinnträchtiger, wird - für die, die sich leisten können. Und schon gar kein Wunder, daß die ganze Situation vor allem einem zugute kommt. Richtig, dem Speckbauch: Banken, Versicherungen...

Nicht mehr nur für alternative Lebens-

formen, Arbeitslose und AusländerInnen ist kein Platz mehr in der Stadt, auch immer mehr "NormalbürgerInnen" werden an den Rand gedrängt. Wie sagte doch der zuständige Stadtrat Küng? "Wenn jemand kurzfristig keine Wohnung findet, dann muß er halt ausweichen."

Freilich, die Leute halten sich nicht so recht an diesen gutgemeinten Rat.



Anfang Jänner trat eine erste Hausgemeinschaft - in der Zweierstraße 53 - in Auszugsboykott. Den BewohnerInnen war gekündigt worden, obwohl ein Einspruch gegen die Abbruchsbewilligung noch nicht behandelt war (dem mittlerweile stattgegeben wurde). Mittlerweile sind fünf weitere Häuser dazugekommen: Zweierstraße 49 mit der gleichen Situation; Ankerstraße 124; Asylstraße 55 und 57 und Klosbachstraße 104, die einer COOP-Filiale weichen sollen. Den letzten vier Häusern ist eines gemeinsam: die BewohnerInnen sind UntermieterInnen des Vereins Zürcher Jugendwohnungen (VZJ). Dieser am 24. Jänner unter dem Motto "Bürgerinnen und Bürger besuchen Speck-ulanten" besetzte Verein ist seinerseits Untermieter des städtischen Notwohnungsamtes, das wiederum die Häuser von den jeweiligen HauseigentümerInnen mietet. Die BewohnerInnen erhalten Prækariatsverträge mit zweiwöchiger Kündigungsfrist und stark eingeschränktem MieterInnenschutz. Wodurch die Häuser bis kurz vorm Abriß nutzbar werden.

Parallel zu den Auszugsboykotts

finden sich Betroffene und SympathisantInnen freiwillig dort ein, wo sie bald zu landen drohen - auf der Straße. Seit 23. Feber nimmt jeden Donnerstag der "Auflauf gegen die Speck-ulanten" am Hirschenplatz seinen Anfang, an dem sich seither regelmäßig mindestens 300 Leute beteiligen. Auf ihre Forderungen - Billiger Wohnraum für alle, für Wohnformen aller Art, Stilllegung der Spekulation, Erhaltung des noch bestehenden billigen Wohnraums, Ausrufung des Wohnungsnotstands - reagiert auch die Obrigkeit regelmäßig. Mit dem Einsatz von Gummigeschoßen.

Am 18. März fand die, von einer breiten Plattform getragene, bisher größte Demonstration statt. In die rund 3000-köpfige Menge stürmten einige Zivilbeamte mit Tränengassprays und Knüppeln, um einen Sprayer festzunehmen. Dem offiziellen Ende der Demo folgte eine Straßenschlacht mit Tränengas und Gummigeschoßen auf der einen, molliessen und Steinen auf der anderen Seite. Dabei geriet unter anderem ein Polizeiwagen in Brand. Ein abschließender - friedlicher - Demozug durchs

mittlerweile nächtliche Zürich führte die Sache zu einem rühmlichen Ende: die Besetzung der Köchlistraße 22.

Dieses Haus, im Besitz einer Versicherung, war vor zwei Jahren dem städtischen Notwohnungsamt übergeben und die Wohnungen an GastarbeiterInnen untervermietet worden, denen im Oktober 1988 gekündigt worden ist. Ein Baugesuch wurde eingereicht, seither stand das Haus leer, das Hausinnere ist weitgehend demoliert, was ein Sprecher der Versicherung als "einleitende Maßnahmen für einen Umbau" bezeichnete.

Anfang April wurde das Haus verkauft und am 6. April schließlich geräumt. Aber nur zwei Tage später war das nächste Haus besetzt: Wildbachstraße 69. Am gleichen Tag wurden auch Zürichs Straßen "vorübergehend enteignet". Eine Radl-, pardon: Velo-Demo in den betroffenen Gebieten und der Innenstadt brachte die Zürcher Polizei in einige Verwirrung. Wie es die NZZ so treffend kommentierte: "Das Ganze mutete...wie ein Katz-und-Maus-Spiel an."

Betrifft Opernball: U-Haft gegen Sanjin Ostermann

(h)
Die unliebsamen Folgen einer Demo. Nachdem sich die Anschuldigungen gegen den "RAF-Terroristen" Karsten A. als haltlos erwiesen, suchten die Behörden fieberhaft einen anderen Schuldigen:

Die polizeibekanntesten "Jugendlichen vom Karlsplatz" wurden zur Stapo vorgeladen, und mit Hilfe von Photos, Drohungen und Folter befragt. Die meisten gaben zu, daß sie auf der Demo waren, einige verweigerten die Aussage, und einige belasteten andere. Nach den Verhören hatte Zilk endlich seinen "ausländischen Rädelsführer". Sanjin Ostermann (16) sitzt seit zwei Wochen in U-Haft. Er soll angeblich ein (Polizisten-)Knie, ein (Polizisten-)Auge, ein Polizeiauto und einen Mercedes demoliert haben. (gleichzeitig oder hintereinander?) Im Laufe der Ermittlungen brach die

Polizei mehrmals bei seiner Mutter ein, zerstört die Eingangstüre und verwüstete die Wohnung. (Hausdurchsuchungsbefehl - was ist das?) Sanjin ist jugoslawischer Staatsbürger, lebt aber schon seit mehreren Jahren in Österreich. Ein Haftprüfungstermin ist noch nicht festgelegt, es ist zu erwarten, daß er bis zum Prozeß im Häfen bleibt. Zur Zeit werden sämtliche von der Stapo verhörte Jugendliche als Beschuldigte im Jugendgericht "vernommen".

PS: schreibt an
Sanjin Ostermann
Jugendgefängnis
Rüdengasse 7
1030 Wien

Prozeßinfo Opernball:

Leo N. wurde wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu vier Monaten bedingt verurteilt, Martina und Ulrich kamen mit einem Freispruch davon.



Abfangjagd

(grüne stmk)

März 1989. Zwei Totgesagte lassen grüßen. Am 12. März ziehen die Grün-Alternativen in 2 Landtage ein. Und am Dienstag, den 28. setzt die Anti-Abfangjäger-Bewegung mit einer Lufttraumsperrung in Zeltweg ein kräftiges Lebenszeichen.

Eine Woche vorher hatte Verteidigungsminister Lichal besagten Dienstag als Beginn des Draken-Flugbetriebes im obersteirischen Fliegerhorst angekündigt. Er war sich seiner Sache völlig sicher. In der Grazer Burg würden einmal mehr Krainer und seine Schildknappen gegen Wien poltern, gewiß, aber was würde das schon sein gegen die Macht gesetzter Fakten - gegen die ersten Landungen von Draken, auf der selbst vom Geschwader-Kommandanten Brigadier Eitner als Sicherheitsproblem eingestuft, nur zweitausend Meter langen Zeltweger Landepiste.

Krainer wurde durch Lichal richtig eingeschätzt: Er polterte. Arg getäuscht hat er sich freilich trotzdem. Diesmal nämlich scheiterte er an der Macht eines von uns gesetzten Gegenfaktums. In der Früh, noch vor jedem Draken, waren 40 AktivistInnen der Plattform "Gemeinsam gegen Abfangjäger" in der östlichen Einflugschneise. Direkt am Flughafenzaun hatten wir unsere "schrecklichen Waffen" in Stellung gebracht: 6 große und 4 kleine

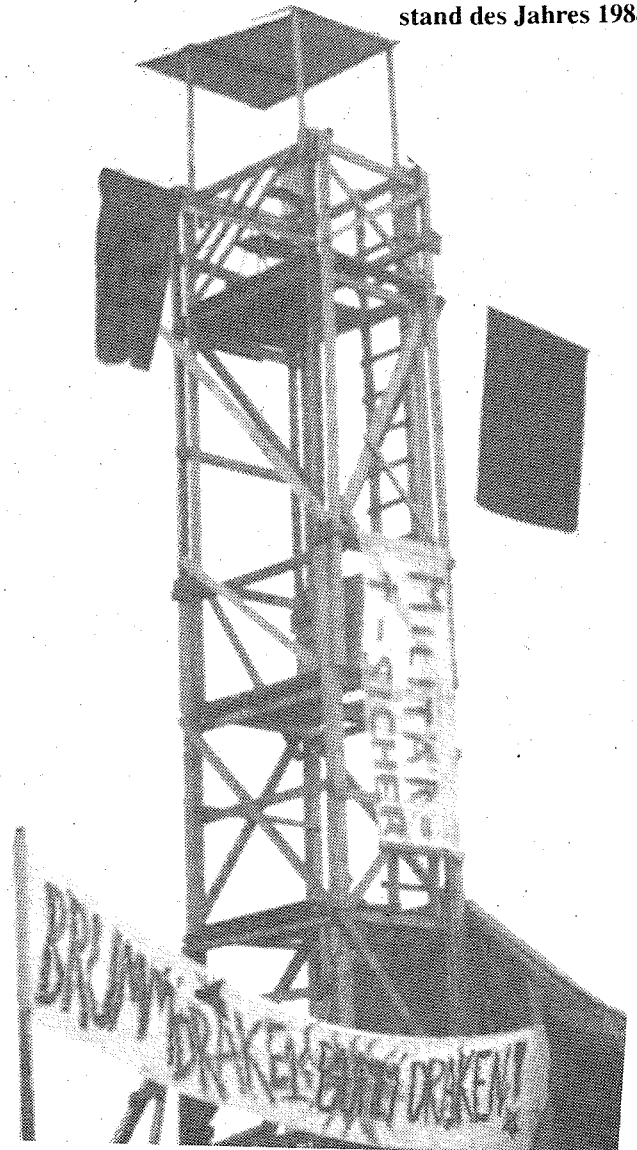
buntfarbige heliumgefüllte Luftballons standen bis 100 Meter hoch im obersteirischen Himmel. Wohl nicht zuletzt aufgrund eines anwesenden ORF-Kamerateams schreckte die Gendarmerie vor einer gewaltsamen Räumung zurück. Dreimal kamen je 2 Draken aus Graz-Thalerhof und brausten mit ohrenbetäubendem Lärm über unsere Ballons hinweg - eine Demonstration ihrer Macht in der Ohnmacht. Ohne landen zu können mußten sie wieder zurück nach Graz. Lichal tobte und suchte Zuflucht zu einer absolut lächerlichen Ausrede: eine Landung sei an diesem Tag ohnehin nicht vorgesehen gewesen; die Zeltweg-tauglichen Piloten seien "aus dem Osterurlaub noch nicht zurück..."

Eine gute Medienberichterstattung rundeten den Erfolg ab. Natürlich kein Erfolg von Dauer, sondern eben nur ein

kurzzeitiger. Aber immerhin: wie schon zweimal im Herbst 1988 am Thalerhof war auch hier wieder deutlich geworden, daß es möglich ist, Lichal's Milliardenvögel in ihrer Bewegungsfreiheit empfindlich einzuschränken und so das ganze "Unternehmen Abfangjäger" dem öffentlichen Gelächter preiszugeben.

Die Zeltweger Osterdienstagsaktion war gleichsam ein Auferstehungserlebnis der Anti-Abfangjäger-Bewegung.

Luftraumüberwachungsturm des "Autonomen Stadt-Staats Thalerland", ein Relikt aus dem Anti-Abfangjäger-Widerstand des Jahres 1988



PostfunktionärInnen:

Ausflüge

(Gewerkschaftliche Einheit OÖ)

Bei der Landeskonferenz der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten OÖ am 8. April 89 verweigerten die drei Alternativen GewerkschafterInnen (GE) ihre Zustimmung zum Rechnungsabschluß 1988. Da von den 2.667.602,81 Schilling Gesamterträgen 15,4 % für diverse Funktionärsausflüge ausgegeben wurde. Über 400.000 Schilling wurden für einen Landesleitungsausflug, für 3 weitere Funktionärsausflüge nach Ungarn und einen Ungarn-Austausch verwendet. Das entspricht jenem Anteil an Mitgliedsbeiträgen, die die Post- und

Fernmeldegewerkschaft für ca. 1.800 ÖGB Mitglieder erhält. Der Vorschlag der Alternativen, auf diese Ausflüge in Zukunft zu verzichten, wurde nicht auf-

gegriffen. Im Gegenteil, der Vorsitzende Manfred Schöndorfer meinte, daß die Landeskonferenz über diese Ausflugsfahrten nicht zu entscheiden

hat und, daß die Landesleitung weiterhin Funktionärsausflüge als Dank für Funktionärstätigkeiten durchführen wird.

Flughafensozialdienst in Schwechat

Hilferuf

(Flughafensozialdienst)

Seit Ostern ist der Flughafensozialdienst (ein pluralistischer Verein, dem MitarbeiterInnen von Amnesty International, der Caritas, der Pfarre Schwechat und anderer Solidaritätsorganisationen angehören) täglich im Einsatz.

Am Karsamstag sollten etwa neunzig Reisende aus der Türkei zurückgeschickt werden; der Großteil von ihnen waren KurdInnen, viele waren politisch verfolgt. Diese Nacht- und Nebelaktion wurde durch Proteste der Öffentlichkeit verhindert.

Aber seither kommen täglich Flugzeuge mit Reisenden aus der Türkei an. Sie müssen oft tagelang unter menschenunwürdigen Bedingungen im Transitraum warten. Wir haben durchgesetzt, daß wenigstens die, deren Angehörige am Flughafen warten, freigelassen werden.

Wir schreiben jeden Tag die Listen der PassagierInnen und ihrer Angehörigen, die in der Ankunftshalle warten. Wir leiten die Liste an die Behörde weiter und protestieren, wenn jemand ungerechtfertigt abgelehnt wird. Wir beschweren uns im Innenministerium, wenn jemand ungerechtfertigt abgelehnt wird. Wir beschweren uns im Innenministerium, wenn die Grenzkontrollpolizei die Abfertigung der Passagiere hinauszuzögern versucht. So geht das seit Wochen jeden Tag.

Laut Auskunft von Dr Pochieser, Vertrauensanwalt von Amnesty, verstößt die Grenzkontrollpolizei immer wieder gegen folgende Paragraphen

des Strafgesetzbuches:
99 (Freiheitsentzug)
103 (Überlieferung an eine ausländische Macht)
302 (Mißbrauch der Amtsgewalt),
303 (fahrlässige Verletzung der Freiheit der Person),
312 (Quälen oder Vernachlässigen von Gefangenen, wodurch diesen körperliche oder seelische Qualen zugefügt werden).

Es darf keine Grauzone mehr geben.

jeden Dienstag, 18 Uhr im Lokal "Zusammen", 1110 Wien, Schneidergasse 15 (Straßenbahn Linie 71, Haltestelle Litfaßgasse) Tel: 74 51 96

2.) Wir brauchen Hilfe bei der Verbreitung unserer Informationen und bei der Durchsetzung unserer Forderungen. Schreibt Protestbriefe an den Innenminister und verlangt, daß der Flughafensozialdienst sofort Zutritt zum Transitraum erhält. (Kopien bitte an den Flughafensozialdienst).

3.) Wir brauchen Geld (Erste österrei-



Eine unserer Hauptforderungen an Innenminister Löschnak: Freier Zutritt für den Flughafensozialdienst zum Transitraum! (Das wurde uns vom früheren Minister zugesagt).

Wir brauchen Eure Hilfe

1.) Wir brauchen MitarbeiterInnen, die uns beim Turnusdienst am Flughafen helfen. Wir müssen täglich am Flughafen sein - sonst macht die Grenzpolizei, was sie will. Jour fixe

chische Sparcasse, 356 52322 (BLZ 20111), Flüchtlingshilfe der Pfarre Schwechat. Vermerk: Flughafensozialdienst (unbedingt angeben)

4.) Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, wenn das Unakzeptable weiter geschehen darf, wird es weitere Aktionen von uns geben - zB Wartestreik, Hungerstreik

bezahlte Anzeige:

Futon von GEA

Konsequent verarbeiten wir die besten Naturmaterialien im GEA Futon. Hohe Ansprüche führen zu einer hohen Qualität, die Sie im Schlaf spüren. Futon von GEA

DIE BESTEN IM

BETT

GEA 1080 Wien, Lange Gasse
Telefon 48 36

Wien 1, Himmelfortgasse
Telefon 512 19

GEA
Der Mensch ist das Maß aller Dinge
G E A

Graz: ÖH-Wahlkrampf

(tb-graz)

Vor eineinhalb Jahren, im Herbst 87, kam Bewegung in die verstaubten Unis. Die Studierenden versuchten sich gegen die Sparpolitik der Großen Koalition zu wehren. Den Widerstand brach letztendlich die Österreichische Hochschülerschaft (konservativ dominiert), die weltweit einzigartige Studierendenvertretung. Seitdem befinden sich die konservativen Fraktionen im ständigen Wahlkrampf, um ihr angeschlagenes Image zu verbessern. Vor ein paar Wochen begann der **eigentliche Wahlkampf**.

Ein Bericht von der Grazer Uni

Wahlen in repräsentativen Demokratien haben bekanntlich den Nachteil, daß die WählerInnen die Schweinereien ihrer VertreterInnen bis zum Urnengang vergessen haben. Darauf scheinen die konservativen "Regierungsparteien" in der ÖH zu hoffen: Ihr Verhalten im Herbst 1987 war nichts anderes als Erfüllung der Politik ihrer Mutterpartei ÖVP. Der konservative Zentralausschuß (ebenso Grazer Hauptausschuß) erklärte den Streik und die Proteste der Studierenden nach 3 Tagen für beendet und setzte seine ganze Macht ein, diese Erklärung zu verwirklichen. Gleichzeitig wurden Scheinverhandlungen mit dem Ministerium geführt, die bekannterweise nie Erfolg hatten. Damals wurde vielen Studierenden die Diskrepanz zwischen ihren ständigen VertreterInnen und dem Willen der Basis klar. Ihre VertreterInnen vertraten ihre GeldgeberInnen.

"Aktionsgemeinschaft" (AG) und "Junge Europäische Studentenunion" (Jes) werden massivst von der ÖVP

und der Industriellenvereinigung finanziert. Seit Herbst 87 wird Dauerwahlkampf betrieben. Der ÖVP ist die ÖH anscheinend sehr viel wert. Schätzungen zufolge dürfte pro Kopf mehr als im letzten Nationalratswahlkampf ausgegeben werden. (Der gesamte Werbeaufwand aller Fraktionen liegt allein in Graz in zweistelliger Millionenhöhe!)

Dazu kommt noch die Imagewerbung auf ÖH-Kosten. Werbestrategie der ÖH-Spitze und von AG sind ident, Assoziationen offensichtlich gewollt (Bsp: ÖH-Plakat: "Prüft die Prüfer!"; AG-Plakat: "Wir prüfen die Prüfer!")

Im wesentlichen besteht die "Politik" der konservativen Fraktionen aus zwei Teilen:

- 1.) Die ÖH wird in eine "unpolitische" Servicestelle unfunktioniert; Skripten- und Bücherverkauf sind der Hauptteil der konservativen ÖH.
- 2.) Den Studierenden wird über Plakate der Eindruck vermittelt, sie würden "politisch" vertreten werden. So wird versucht, Motivation und Engagement zu ersticken.

Während die AG die ÖH-Strukturen verteidigt, will die noch weiter rechts angesiedelte Jes dieselbe einfach abschaffen. Im Hauptausschuß unterstützt sie die AG, die nur die relative Mehrheit hat.

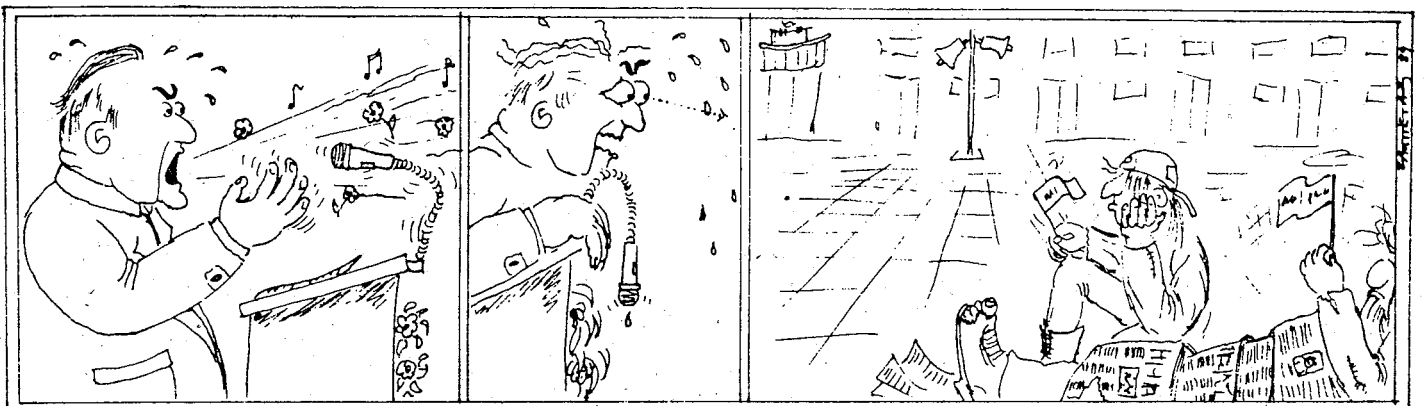
Der VSSÖ ("Verband Sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs"), der von der SPÖ finanziert wird, fing reichlich spät mit Öffentlichkeitsarbeit an, die dann sehr mäßig ausfiel. Publikumsunwirksame Plakate, langweilige (weil langwichtige) Zeitungen und was am Schlimmsten

ist: Politische Inhaltslosigkeit (aus Angst vor den WählerInnen oder vor der SPÖ?).

Die ALU (Alternative Liste Uni) erlebte im letzten Jahr starken Aufwind. Als Gruppierung, die im Streik und in der ÖH-Politik die dogmatischen und abhängigen Fraktionen ständig kritisierte, gelang es ihr, eine Politik zu entwickeln, die ihre Mißbilligung der ÖH-Strukturen (Hierarchie, Abhängigkeit der Fraktionen von den Mutterparteien) klar zum Ausdruck bringt und ihr Engagement auf der ÖH als eine (von mehreren) Möglichkeiten sieht, dies zu verändern. So versucht sie auch, die Strukturen auf der Geisteswissenschaftlichen Fakultätsvertretung (wo sie den Vorsitz stellt) basisdemokratisch umzuformen. Durch ihre Politik, die ÖH als hierarchische Organisation, die die Studierenden entmündigt, abzulehnen und sie gleichzeitig auch von innen her zu verändern und zu verwenden, hat sie eine breite Streuung von AktivistInnen.

Als weitere linke Strömung kandidiert auch wieder der Kommunistische StudentInnenverband (KSV), die studentische Abteilung der KP. Mit seiner bevormundenden Haltung hatte er im Streik 87 viele Basismenschen vergrämt. Vor der Wahl hochaktiv zeigt er zur Zeit wieder mehr Flexibilität.

Alles in Allem wird versucht, Schlammschlachten zu vermeiden. Den Studierenden dürfte die ÖH dennoch wurscht sein. Sie verkörpert die undurchschaubare Bürokratiendemokratie schlechthin.



Unterdrückung zeitgenössischer Kultur

(Kulturverein Kanal)

Der Gemeinderat von Schwertberg entzog dem Kulturverein Kanal die Subventionen für das Jahr 1989. Eine Reaktion auf die kritische Kulturarbeit des KV Kanal, unter anderem zu der kulturfeindlichen Haltung der katholischen Kirche. (TATblatt -95 berichtete)

aus einem "offenen Brief an den Bürgermeister von Schwertberg Mag. Kurt Gassner":

"War bereits die Subvention - 1987 und 1988 je 20 000 ÖS - nicht gerade großzügig für die reichste Mühlviertler Ge-

meinde, so stellt die heurige Null-Lösung den provinziell verklemmten Versuch dar, Zensur zu üben. Die Schwertberger Gemeindeführung, der wir mehr Offenheit, Toleranz und Weitblick zugetraut hätten, reiht sich damit in den Kreis konservativer Kulturpolitiker, die gegen Bernhards "Heldenplatz", gegen Hrdlickas Antifaschismusmahnmahl geifern, ein und fällt zurück in ein vermiefenes Kulturverständnis, wie es in den 50er und 60er Jahren vorherrschte. Anscheinend soll in Schwertberg wieder mehr "Recht und Ordnung", "Sauberkeit und Goschn halten" herrschen: Stramme Märsche, Goldhauben,

Preisschnapsen, theatralische Vergangenheitsbeschönigung, eintönige Discos, pfarrkirchenratsgenehmigte Veranstaltungen,.... soll das alles sein? (...)

... die Zeiten sind vorbei, wo Kultursubventionen als Bettelgaben je nach Gutdünken vergeben werden konnten; inzwischen ist bei den Kulturinitiativen ein neues Selbstbewußtsein entstanden, indem Subventionsvergabe als quasi öffentlich rechtliche Verpflichtung betrachtet wird und nicht als obrigkeitstaatliche Willkürvergabe mit erhobenen Zeigefinger.

Termine:

Wien:

Informationsveranstaltungen und Diskussionen:

Dienstag 25. April, 19 Uhr; Republikanischer Club - Neues Österreich; Wien 1, Rockhgasse 1

"Haben die Friedensbewegten ausgedient?": Zur Analyse internationaler Konflikte und deren Beilegung im Jahre 1988

Präsentation des Friedensberichtes des österreichischen Instituts für Friedensforschung mit Peter Jankowitsch, Andreas Khol, Peter Pilz
Moderation: Helmut Kramer

25. April 1989 20Uhr, NIG; 7, Universitätsstraße 7:
Podiumsdiskussion der SOAL zum Thema: Österreichs Bildungspolitik und Ausbildungssituation im EG-Gleichschritt? mit P. Sachartschenko (SOAL), J. Kletzmaier (VSStÖ), H. Ambrosch (KSV), 20 Uhr

Mittwoch 26. April, 19 Uhr; Amerlinghaus, Raum 4; Wien 7, Stiftgasse 7;
Treffen des Sozialistischen Anti-EG-Komitees

Mittwoch, 26. April, 19 Uhr
"Zur aktuellen Situation in Ungarn" Berichte und Analysen von György Dalos und Michael Siebert

Kundgebungen, Demos, Aktionen

Mittwoch 26. April
3 Jahre nach Tschernobyl:
*Stop Wackersdorf & Temelin
*Kein Anschluß an die Atom-EG
*Ausstieg weltweit

Spaktakel(uläre) Aktion

10 Uhr Uni-Rampe

11 Uhr Stock im Eisen Platz

(Vorbesprechung hiezu am Montag, 24. April um 20 Uhr im Anti-WAA-Plenum und Umweltbüro im WUK, Währingerstraße 59

28. April, 14-18 Uhr, Stephansplatz

Südafrika-Früchteboycott-Aktion

30. April 17 Uhr

Frauendemo zum Frauenhain Schwarzenau (mit Bus - Lärminstrumente mitnehmen)

Treffpunkt: WUK, Währingerstraße 59

19. Mai:

Weltbankpräsident kommt nach Wien
ein Empfangskomitee hat sich bereits 2mal getroffen (Soli-Gruppen, Autonome, Grüne,...) Es gibt eine inhaltliche und eine Aktionsgruppe, Termine beim Philippinen-Komitee erfragen. (0222) 48 75 30 (Mo bis Fr 10-16)

Graz:

29. April

"Ost-West-Basis-Treffen"

im Kino im Augarten, Friedrichsstraße 24, Graz

15-18 Uhr:

Forum Ökologie & Forum Abrüstung/Frieden/Antimilitarismus

19.30 -22

Uhr Forum Wirtschaft/Diskussion

"Die EG als gemeinsamer Ausweg aus der Wirtschaftskrise?"

ab 22 Uhr

Fest mit der palästinensischen Musikgruppe El Sanabil

Gebildet durch kleinbürgerliche Moralvorstellungen haben die Schwertberger Gemeindepolitiker inzwischen übersehen, daß ja der KV KANAL mehr Abgaben entrichtet, als die Förderung ausmacht. Der KANAL fördert die Gemeinde und nicht umgekehrt.

Beschämend ist die entwürdigende Kapitulation der Gemeindeführung gegenüber Pfarrer und Kirche. Denn die auslösende Ursache für den plumpen Zensurversuch sind die aufklärerischen Veranstaltungen des KV KANAL zur Kirchengeschichte und die Kritik an dieser unfugtreibenden Einrichtung. Was ist sie denn sonst als eine sexualfeindliche Massenbewegung zur Verhinderung freier menschlicher Entwicklung. Die antiklerikale

Seite des KANAL ist nur eine Dimension unserer Kulturarbeit neben vielen anderen; wir machen sie, weil sonst dieser mittelalterliche Spuk psychisch unerträglich ist und weil wir sie als kulturpolitisch notwendig empfinden. Denn Kultur heißt Freiheit und Selbstbestimmung und daher bekämpfen wir die Unterdrückung und Entfremdung durch diese anachronistische Einrichtung.

Der KV KANAL hat im Jahre 1988 an die 7000 Besucher gezählt, was die Resonanz unserer Kulturarbeit deutlich macht. (...) sollen diese 7000 wieder kulturell auspendeln müssen; - nach Linz oder sonstwohin, weil in dieser Gegend der Kulturmief nicht auszuhalten ist? Rundherum hat sich kulturelles Leben von unten in den letzten

Jahren entwickelt, in Bad Zell, Tragwein, Freistadt, Mauthausen, St. Georgen an der Gusen usw. Und in Schwertberg wollen ein paar uneinsichtige, selbsternannte Moralhüter das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Die von uns begründet geforderte Subvention von der Gemeinde beträgt 110 000 Schilling. Umgerechnet auf die Besucherzahl würde dies eine Subvention von 13,6 Schilling ausmachen. Seit Sommer vergangenen Jahres hat der KV KANAL einen Angestellten für Kulturarbeit. Die Gemeinde würde mitschuldig daran, kämen wir in Schwierigkeiten und müßten ihn "freisetzen", wenn wir einmal die Kapitalistensprachregelung anwenden.

Die Wiederaufarbeitung alter Gedanken

Den dritten Jahrestag des Super-GAU's von Tschernobyl feiern Regierung und Atomindustrie der BRD auf durchaus gebührende Weise.

(gr)
Am 12. April erklärte der vergangenes Jahr teilweise privatisierte Energiekonzern VEBA, eine Kooperation mit ihrer französischen Kollegin COGEMA zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe dem Weiterbau der eigenen WAA vorzuziehen. Tags darauf erklärte die Bundesregierung dieses zu einer Absichtserklärung. Einen weiteren Tag später drängte der neue Finanzminister, CSU-Vorsitzender Waigel, seine RegierungskollegInnen zu einer Erklärung, wonach die Bundesregierung am Konzept der eigenen Wiederaufarbeitung festhalte.

Die nächste Erklärung folgte am Montag, dem 17. April: Bayerns Ministerpräsident Streibl wolle einen Baustopp für die WAA prüfen, gefolgt von einer weiteren Erklärung desselben, dies komme vorläufig nicht in Frage. Weiters verlangte Streibl eine verbindliche Erklärung zur Haltung der Bundesregierung, die Helmut Kohl mit der Erklärung beantwortete, sich zum nationalen Entsorgungskonzept zu bekennen, alles in allem aber Frankreichs Premier Mitterand fragen zu wollen, was der davon halte. Weitere Erklärungen nötig?

Die VEBA, hier ist die Sachlage wohl am einfachsten, will so viel wie möglich

verdienen, Hauptsache den Preis zahlen Andere. Folglich ist es nicht wirklich überraschend, daß sie jetzt die Zusammenarbeit mit La Hague aus dem Hut zaubert: Bei geringerem Eigenaufwand - keine kostspieligen, riskanten Genehmigungsverfahren, kein Widerstand in der Bevölkerung und die Mehrkosten durch den längeren Transport von und nach La Hague bleiben sozusagen in der Familie - wird das gleiche Resultat erzielt. Und sollte die BRD doch an Wackersdorf festhalten, wird sie sich wohl um die gestiegenen Kosten (70 statt 26 Milliarden Schilling) keine allzu großen Sorgen machen müssen. Den Willen zur eigenen WAA wird die Bundesregierung wohl auch bezahlen.

Erklärungsbedürftiger sind freilich die Absichten der erklärungsführenden Politiker. Streibl - so scheint's - will seine CSU vom Image der Beton- und Atomschädelpartei befreien. Waigel will sich sein Image wohl erst einmal aufbauen. Beide zusammen wollen die WAA und sich gegenseitig in der Parteispitze loswerden.

Kohl trifft sich wie gesagt auf dem deutsch-französischen Gipfel mit Mitterand und aus nämlichem Anlaß trat auch der deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat zusam-

men. Dessen Aufgabe ist eine verstärkte "Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und Sicherheit", die Ausarbeitung gemeinsamer Verteidigungskonzepte und "die Entwicklung und Vertiefung der beiderseitigen Rüstungszusammenarbeit."

Wenn sich die Herrschaften in Bonn und München streiten, dann wohl in erster Linie aus optischen Gründen. Durch einen Ausstieg aus der WAA würden sie nichts anderes verlieren, als ihr Gesicht. Und das fiel - wenn es richtig vorbereitet wird - kaum auf. Im Lauf der Zeit dürfte der Bau der WAA eingestellt werden. Im Lauf der Zeit, das heißt sobald das Brennelemente-Eingangslager fertig ist, das dann als Zwischenlager genutzt werden wird. Ein Grund zum Jubeln?

Wenn das Ganze in La Hague stattfindet, wird die Zahl der wiederaufgearbeiteten Brennelemente wohl nicht niedriger, die radioaktiven Emissionen nicht weniger. Und Plutonium-239 kommt dort auch raus. Ganz hübsch zunehmen wird außerdem die Zahl der Atomtransporte, die natürlich immer noch von den gleichen Firmen betrieben wird, wie beim Transnuklear-Skandal.

Was das heißt, dürft's euch selbst überlegen.

Der Hungerstreik in BRD/Westberlin

(tb)
Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes haben am 14. April nach 73 Tagen ihren Hungerstreik ausgesetzt. Zur Begründung heißt es in einer Erklärung, die der RAF-Gefangene Helmut Pohl seinem Anwalt telefonisch übermittelte: "(...)Um von uns aus den Raum aufzumachen, diesen Anfang durchzusetzen, unterbrechen Christa und Karl-Heinz jetzt. Wir machen es, um die Zuspitzung für eine Zeit wegzunehmen. Die Zeit ist nicht lang. (...) Es ist uns deshalb schwer gefallen, weil wir befürchten müssen, daß es falsch interpretiert wird. Niemand soll an unserer Entschlossenheit zweifeln. Wenn es nicht zu diesem Anfang kommt, werden wir die Konfrontation konsequent auskämpfen. Wir konnten es aber auch gut machen im Gedanken an die vielen, die unsere Forderungen unterstützen. Wir nehmen also besonders für alle die draußen die Zuspitzung jetzt weg, dann kann auch politisch weiter überlegt und in einem nächsten Anlauf gehandelt werden. Wir haben noch nichts. Viel wird von der Kraft draußen abhängen. *Christa Eckes, Karl-Heinz Dellwo, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl.*"

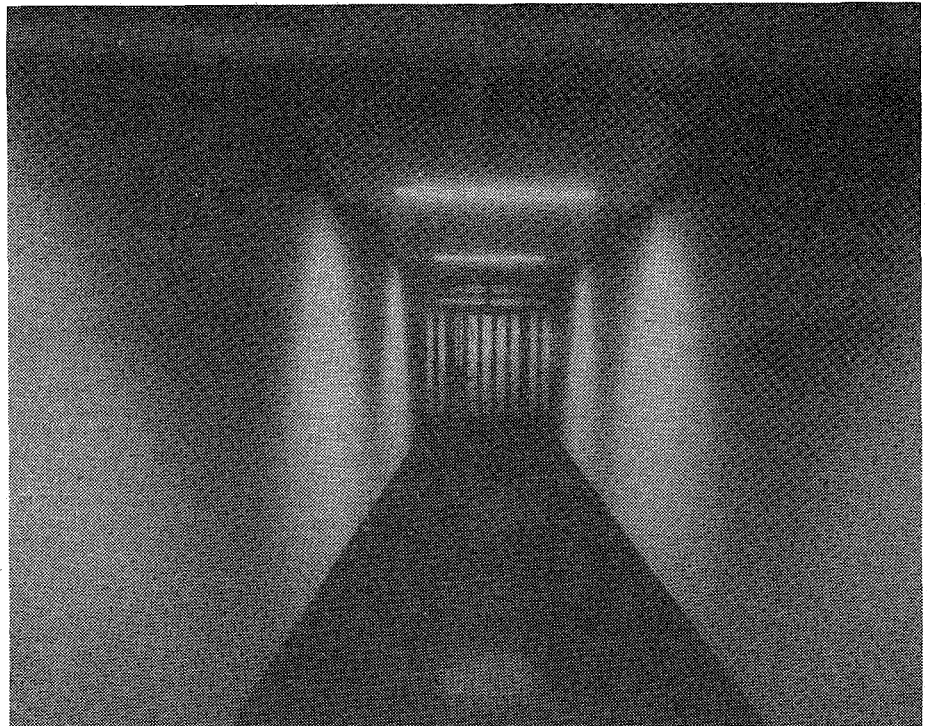
Dem Vorstoß der SPD-regierten Länder erteilen die UnterzeichnerInnen "für die Gefangenen der RAF" eine Absage: "Wir lehnen die drei Länder-Kleingruppen ab. Das wußte jeder vorher, es ist nichts." Bisher hatten die Hungerstreikenden betont, es gehe ihnen um eine Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen. Zuletzt hatte der Anwalt Rainer Koch für seinen Mandanten Karl-Heinz Dellwo erklärt, Dellwo könne einer Zusammenlegung in eine Gruppe von acht Personen dann zustimmen, wenn dies ausdrücklich als Zwischenlösung verstanden würde.

Ein bundeseinheitliches Angebot für eine Zusammenlegung ist gescheitert. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz hatten die CDU/CSU geführten Länder, so wie auch Bundeskanzler Kohl jedes Zugeständnis abgelehnt. Danach hatten die SPD-Länder in einem Allingang vorgeschlagen, wenigstens den Gefangenen in ihren Ländern eine Kleingruppen"lösung"

anzubieten. Dieses Angebot haben die Inhaftierten als "inakzeptabel" abgelehnt. Von den 25 gerichtlich verurteilten RAF-Gefangenen wäre diese Möglichkeit nur für zehn in Betracht gekommen.

Die bundesweite Demonstration zum Hungerstreik in Bonn am 29. April ist bereits verboten worden. Die Verfügung des Bonner Polizeipräsidenten untersagt jegliche Demonstration entlang "besiedelter Straßen". Zugelassen ist nur eine "Standkundgebung ohne vorausgehenden Aufzug" im Rheinauenpark, einem Grüngürtel

fernaab der Innenstadt. Die Demonstration unter dem Motto "Zusammenlegung jetzt" wird mittlerweile auch unterstützt von der Humanistischen Union, Jungsozialisten, grüner Bundestagsfraktion sowie Parteivorstand, Grundrechte-Komitee... Nach den neuen Sicherheitsgesetzen, die diese Woche verabschiedet werden, ist der Aufruf zur einer verbotenen Demonstration mit bis zu einem Jahr Gefängnis strafbar. Die OrganisatorInnen wollen "die Herausforderung annehmen".



An dieser Stelle sollte eigentlich eine ausführliche Darstellung der Ereignisse der letzten beiden Wochen und eine Art von Einschätzung dessen erscheinen. Aus Aktualitätsgründen wird dieser Artikel erst nach Redaktionsschluß geschrieben, d.h. mitten in der hektischsten Phase der Produktion - Korrektur lesen, lay-out Material suchen.... Diesemal war es irgendwie zu spät um das ganze neue Material zu sichten, durchzuarbeiten und einen Artikel daraus zu machen. Deshalb der etwas oberflächliche Artikel. Hier auch eine Kritik an einige unserer SympathisantInnen und LeserInnen. In der letzten Woche bekamen wir einige Artikel zum Hungerstreik (siehe dieses TATblatt). Nach mehreren Wochen Hungerstreik beschäftigte sich die "Szene" zum erstenmal mit diesem Thema, organisierte eine Veranstaltung, brachte einige Artikel. Die konkrete Arbeit der Abfassung eines Artikels (oder auch eine regelmäßige Berichterstattung) über aktuelle Ereignisse und politische Einschätzungen wollte sich niemand antun. Ist wohl etwas zu bürgerlich.

Eigentlich wollen wir schon länger etwas über unsere Probleme mit unseren potentiellen InformantInnen und mit unseren Ansprüchen eine Basiszeitung zu machen schreiben. Im täglichen Stress sind wir dann immer wieder nicht dazugekommen. Vielleicht klappts das nächste mal.

Hungerstreik im Westberliner Frauengefängnis Plötzensee

Die "Plötze" ist eines der modernsten Gefängnisse Westeuropas

(tb)

Seit dem 8. März sind Frauen im Frauenhäftin Plötze im Hungerstreik. 4 Frauen hatten mit damals mit einem 14-tägigen Hungerstreik begonnen:

Hungerstreikerklärung aus dem Frauenhäftin Plötzensee:

"Wir treten heute, den 8.3.89 in einen vorerst auf zwei Wochen befristeten Hungerstreik, den wir am 22.3.89 unterbrechen werden. Wir fordern:

- die Öffnung sämtlicher 10er und 15er Zwangseinheiten zu Großgruppen
 - Aufhebung der Trennung und Spaltung von politischen, sozialen und btm-gefangenen (Betäubungsmittelgefangenen; Anm.tb)
 - selbstbestimmte Zusammenlegung innerhalb offener Häuser
 - selbstbestimmte Zusammenschlüsse, Arbeits- und Interessengruppen, Gemeinschaftsveranstaltungen und Kurse für alle Gefangenen. Zugang zu allen Gemeinschaftshöfen
 - Aufhebung der Trennscheibe und Besuchsüberwachung
 - Aufhebung jeglicher Kollektivstrafen und Isolmaßnahmen
 - Aufhebung der Zwangsarbeit
- Wir schließen uns allen Forderungen der seit dem 1.2.89 in einem bundesweiten Hungerstreik für Zusammenlegung kämpfenden Ge-

fangenen an und unterstützen sie ebenfalls als auch unsere.

Im Rahmen der ersten, dem kollektiven Hungerstreik gegen Isolation und für Zusammenlegung folgenden Haftverschärfungen, wurden uns hier am 2.2. die zuvor seit einem halben Jahr laufenden Zusammenschlüsse mit Angelika Göder und Gabi Rollnik gestoppt (Die beiden sind Gefangene aus der "Bewegung 2. Juni", die sich zZ im Hungerstreik für Zusammenlegung befinden; Anm.tb). In unseren Forderungen schließen wir die sofortige Rücknahme der Verschärfungen mit ein und fordern die Weiterführung des Zusammenschlusses (...? Fehler im Manuskript. Anm.d.T.) sowie Zusammenschluß mit Claudia Orłowski (Claudia ist im Dezember letzten Jahres in Westberlin verhaftet worden. Ihr wird "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen; Anm.tb).

Berlin-Plötzensee, 8.3.89
Birgit, Edda, Michaela, Silli

In der Zeit ihres Hungerstreiks gab es auch einen 3-tägigen Warn- und Solidaritätshungerstreik von 49 Frauen. Am 22.3. setzten 5 weitere Frauen den 14-tägigen Hungerstreik der ersten vier Frauen fort. Am 7. April sind nun zwei Frauen, Birgit Kusawe und Silli Bellersheim in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um den Forderungen noch einmal Nachdruck zu verleihen. Die Kämpfe der Frauen in der Plötze heben eine besondere politische Dimension. Der Modellhäftin Plötzensee ist einer der modernsten Hochsicherheitshäftin Westeuropas. Er wurde 1985 fertiggestellt und besteht aus 6 Häusern. Diese sind alle aus fugenlosen Bauteilen zusammengesetzt. Jedes Haus hat einen eigenen Freistundenhof; Sägezahnfassaden und Betonsichtblenden verhindern das Pendeln von Zelle zu Zelle, sowie Ruf- und Sichtkontakte. Die einzelnen Stationen sind durch schalldichte Panzerglastüren voneinander getrennt; "großzügige" Verglasung bietet Einsicht in Flure und Gemeinschaftsräume.

Gegensprechanlagen ermöglichen jederzeitiges Abhören und der dunkelgrüne Linoleumfußboden schluckt die Laute.

Besuche bei Frauen, die wegen Drogen eingesperrt sind, finden nur mit Trennscheibe oder im Beisein einer Vollzugsbeamtin statt. Für sogenannte VollzugsstörerInnen gibt es eine extra gesicherte Abschirmstation.

Die Frauen sind auf die verschiedenen Häuser und Stationen verteilt, in Gruppen von maximal 15 Gefangenen. Die spezifische Differenzierung in Kleingruppen ermöglicht eine umfassende Kontrolle. Das Ziel ist die Entsolidarisierung und Spaltung der Gefangenen durch ein ausgeklügeltes Konzept von Strafen und Belohnungen in Form von Vollzugslockerungen. Die Frauen sollen sich gegenseitig kontrollieren, gegeneinander intrigieren und um die Wette schleimen. Das Ganze nennt sich "Behandlungsvollzug" und wird als reformiertes, humanes Vollzugskonzept verkauft. Sie wollten die Plötze als einen Ort der Friedhofsruhe vorführen, wo jeder Widerstand gebrochen und integriert ist.

Aber ihre Rechnung ist nicht aufgegangen. Schon im Sommer 87 gab es einen kollektiven Hungerstreik gegen die Haftbedingungen, der - auch wenn er ohne konkrete Erfüllung der Forderungen abgebrochen wurde - drinnen und draußen Diskussionen und Solidarität ausgelöst hat.

Die aktuellen Kämpfe in der Plötze zeigen, daß es Frauen gibt, denen der aufrechte Gang wichtiger ist als Vollzugslockerungen.

Die Kämpfe der Frauen zeigen auch - und das ist ganz wichtig - daß es Ansätze einer breiteren Gefangenenbewegung gibt, innerhalb derer sich die kämpfenden solidarisieren aufeinanderbeziehen und so tatsächlich zusammenwirken.

In Westberlin gab es in den letzten Wochen zahlreiche Solidaritätsaktionen von Knastkundgebungen vor der Plötze bis hin zu militanten Aktionen, die sich auf die Kämpfe in der Plötze bezogen. Das letzte was bekannt wurde, war die Aktion einer Gruppe, die drei Westberliner Bankfilialen entglast und die Villa des Häfenbauleiters von Plötzensee mit Farbe und Parolen verziert hat.

Adresse für Grußtelegramme und Briefe:
Birgit Kusawe, Silli Bellersheim
Friedrich-Olbricht-Damm 17
1000 Berlin 13

Wien:

**Eine neuerliche Sendestörung
des Autonomen Stadtfernsehens**

**J.R.Ewing und der
Hungerstreik der
Gefangenen aus RAF und
Widerstand**

(asr/asf;tb)

Am Dienstag, den 18. April, sendete wieder einmal das "Autonome Stadtfernsehen". In der Zeit von 19.30 Uhr bis 22 Uhr wurde an verschiedenen Orten Wiens der Original-Fernsehton ausgesetzt und "autonom" überlagert. Statt Zeit im Bild und Dallas gabs eine Kurzsendung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD. J.R. Ewing blieb das Wort im Hals stecken.

Die Geschichte der Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin

(Teil 1)

Eifrigen TATblatt-LeserInnen kann es nicht verborgen geblieben sein: Seit Anfang Februar verweigern politische Gefangene in der BRD die Aufnahme von Nahrung, um so Haftbedingungen zu erzwingen, die ihnen zumindest rein psychisches und physisches Überleben ermöglichen. In einer Erklärung forderte der Gefangene aus der RAF Helmut Pohl (siehe TATblatt-minus-96) die

-Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein

oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen

-Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist

-Freilassung von Günther Sonnenberg, Claudia Wannerstorfer, Bernd Rössner und Angelika Goder

-Freie medizinische Versorgung ohne

Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen

-Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Ebenso wie die Berichterstattung zum aktuellen Kampf wird das Thema Haftbedingungen in den österreichischen Medien ausgespart. Im vorliegenden Beitrag wollen wir die Geschichte der Hungerstreikforderungen in der BRD, ihre Ursachen und Entwicklungen beschreiben, den Zusammenhang mit der Entwicklung von Häfen und Strafrecht in Österreich aufzeigen und so die Grundlage eines breiten Bewußtseins, der Betroffenheit vieler schaffen. Die Auslieferung Ali Sapans (vgl TATblatt-minus-100) oder die enge Zusammenarbeit mit den BRD-Behörden im Krieg gegen Flüchtlinge (zB am Osterwochenende), sind Beweis dafür, daß die österreichische Regierung bereit ist, jede noch so bedenkliche Rechtswendung in Gefolgschaft der BRD mitzumachen.

Politische Gefangene in der BRD durften sich immer schon besonderer Existenzbedingungen erfreuen. Seit 1970, also seitdem es Gefangene aus RAF oder Bewegung 2. Juni in bundesdeutschen Gefängnissen gibt, unterliegen diese der Isolation. Die Gefangenen sollen keinerlei Kontakt zur Außenwelt aufrecht erhalten können, durch fehlende politische und soziale Kommunikation soll ihre Identität zerstört werden. (siehe Haftstatut von Holger Meins vom 26.3.1973) Im Verlauf der Jahre 1971 und 1972 wurden Astrid Proll und Ulrike Meinhof mehrmals monatelang im sog "toten Trakt" festgehalten. Diese in einem eigenen Trakt untergebrachte Zelle war - mit Ausnahm der Zellentür - völlig in weiß gehalten (auch die Möbel). Das Fenster ließ sich nicht öffnen; das Licht - von einer Leuchtstoffröhre - blieb Tag und Nacht eingeschaltet. Geräusche drangen nicht oder nur als unerkannbares Surren bis in die Zelle. "In dieser akustischen und visuellen Isolation hatten meine Mandantinnen lediglich den für die

"Komalösung"

(tb-graz)

In der Geschichte der politischen Gefangenen der BRD hat es seit 1975 neun kollektive Hungerstreiks für Zusammenlegung gegeben. Dabei wurde versucht die Hungerstreiks frühzeitig durch Zwangsernährung zu stoppen. Zwangsernährung heißt: fesseln der Gefangenen an einen Stuhl, aufheben des Mundes... Mit dem Hungerstreik 1981 gelang es die Zwangsernährung als Folter zu denunzieren, sodaß sie in der Öffentlichkeit und auch bei den Ärzten Widerspruch hervorrief. Ein Berliner Anstaltsarzt, der die Durchführung der Zwangsernährung verweigerte, wurde 1981 in den Selbstmord getrieben.

Daraufhin wurde nach neuen und scheinbar sauberen Methoden gesucht, ohne die Ursachen des Hungerstreiks zu beseitigen, obwohl dies versprochen wurde ("Normalvollzug", Zusammenlegung...) Es wurde die sogenannte Komalösung als "intensive medizinische Behandlung unter Wahrung des freien Willens der Person". Diese Komamamethode wurde zum ersten Mal im Hungerstreik 84/85 an Knut Folkers praktiziert.

Was heißt nun "Komalösung"?

Wenn die Gefangenen nach einigen Wochen des Hungerstreiks ins Koma fallen, werden sie durch intensive medizinische Maßnahmen "zurückgeholt". Führen sie dann den Hungerts-

treik fort, werden sie wieder ins Koma fallen gelassen, um erneut zurückgeholt zu werden und so fort...

Die Verschiebung auf die medizinische Ebene soll den Konflikt gegenüber der Öffentlichkeit entpolitisieren und die Problemlösung verlagern (sowenig es bei der Zwangsernährung um Ernährung geht, bedeutet "Intensivbehandlung" Lebensrettung). Die Entscheidung über Leben und gesundheitlichen Zustand der Gefangenen wird in die Hände von sogenannten "Mediziner" gelegt, die das Hin- und Herreißen zwischen Bewußtlosigkeit und Bewußtsein selbst als Ping-Pong-Spiel bezeichnen.

Zitat Sybrecht, verantwortlicher Arzt für die angewandte Komalösung an Knut Folkers im Hungerstreik 84/85: "Sie lehnen die Behandlung (Ernährung durch Transfusionen) ab, werden bewußtlos und wir holen sie wieder zurück. Sie lehnen wieder ab, dann beginnt das Ganze von vorn. Das machen wir solange, bis sie aufgeben"

Dazu kommt allerdings, daß Koma nicht nur Bewußtlosigkeit bedeutet, sondern der Beginn des Sterbeprozesses ist. Lebenswichtige Organe werden schon vor dem Koma irreversibel geschädigt. Die Komalösung bedeutet daher eine verlängerte, quälende Agonie am Rande des Todes.

Essensversorgung unabdingbaren minimalen akustischen und sozialen Kontakt mit den Vollzugsbeamtinnen. Sie lebten praktisch 24 Stunden lang ohne unterscheidbare Umwelt. So war es beispielsweise meinen Mandantinnen verboten, Plakate, Bilder, Tabellen o.ä. an die fahl-weiße Wand zu hängen." (aus: Strafantrag des Verteidigers gegen den Justizminister von Nordrhein-Westfalen vom 27.6.1973)

"Medizinische Versuchsreihen" mit völlig isolierten Menschen hatten bereits die Nazis unternommen. Auf deren Erkenntnisse aufbauend wird im Jahre 1971 in einer Hamburger Universitätsklinik ein Sonderforschungsbereich zum Thema Isolation - Aggression eingerichtet. Die Wirkung der völligen Isolation von Menschen auf deren Organismus beschrieb Hugo Kühlhaus - er hatte Forschungsarbeiten für die Raumfahrt durchgeführt - in der Zeitschrift "Organisation und Technik" bereits 1971: "Nach wenigen Minuten stellten sich panikartige Halluzinationen ein. Nach etwa 10 bis 15 Minuten schließlich mußte man den Versuch abbrechen, weil sich das Blut aufzulösen begann. Die weißen Blutkörperchen vermehrten sich, die Hypophyse stellte ihre Funktion ein, und die Hormonausschüttung wurde gestoppt - kurz, nach zehn Minuten Prozeßlosigkeit begann sich der Organismus zu zersetzen, Damit wird deutlich, wovon der Mensch lebt, nämlich der Auseinandersetzung mit der ihm entgegengesetzten Welt."

Erster Hungerstreik

Am 17.1.1973 treten erstmals 40 politische Gefangene in den unbefristeten Hungerstreik. Sie forderten die Aufhebung der Isolation und die Verlegung Ulrike Meinhofs aus dem toten Trakt in den Normalvollzug. Die Justiz reagierte mit Wasserentzug für Gefan-

Haftstatut von Holger Meins

Verfügung

Für die Dauer des Aufenthalts des Untersuchungsgefangenen Holger Meins in den hiesigen Anstalten ordne ich folgendes an:

1. Die Außenpforte wird vom Aufschluß bis zum Einschluß mit zwei Bediensteten besetzt. Für die Zeit vom Einschluß bis zum Beginn des Nachtdienstes - wie 2. -
2. Verstärkung des Nachtdienstes um einen zusätzlichen Bediensteten, der den Bereich des A-Hofes, den Bereich zwischen Außenpforte und Hausvateri und den Zugang zum B-Hof kontrolliert und dabei ständigen Kontakt mit der Außenpforte hält.
3. Verschärfte Kontrollen bei Besuchern jeder Art und bei allen Fahrzeugen. Bei Personen, die außerhalb der regulären Bürozeiten Einlaß begehren, ist durch vorherige genaue Vergewisserung die Identität festzustellen, nötfalls durch fernmündliche Anfrage bei der örtlichen Polizeidienststelle. Das gilt auch für uniformierte Personen.
4. a) Besucher des U-Gefangenen Meins - auch Rechtsanwälte - werden nur nach ausdrücklicher Weisung des Inspektors für Sicherheit und Ordnung - falls dieser nicht erreichbar, nach Weisung des Inspektors vom Dienst - zum Besuch zugelassen. b) Die Besuche finden in einem Raum der Verwaltung statt.
5. a) Besucher des U-Gefangenen Meins - auch Rechtsanwälte - werden vor der Zulassung zum Besuch einer körperlichen Durchsicherung (Mantel und Jacke ausziehen, Taschen der Kleidung entleeren und Abtasten über der Kleidung) sowie einer Durchsicherung der mitgeführten Behältnisse (Taschen pp.) unterzogen. b) Das Mitbringen von Diktiergeräten, Tonbandgeräten u.A. zum Besuch wird nicht zugelassen.
6. Wegen der Durchsicherung weiblicher Besucher ist vor dem Besuch die Kripo Wittlich zu verständigen.
7. Besuche bei dem U-Gefangenen Meins werden nur in Gegenwart von zwei Beamten durchgeführt.
8. Bei Besuchen durch Rechtsanwälte ohne Besuchsüberwachung wird der Besuchsraum durch einen bewaffneten Bediensteten abgesichert, der vor der Tür des Besuchsraums zu stehen hat.
9. Der Gefangene wird unmittelbar nach jedem Besuch im Besuchsraum vom Aufsichtsdienstleiter im Beisein eines weiteren Beamten körperlich durchsucht und neu eingekleidet.
10. Während der Bewegung des U-Gefangenen Meins im Freien werden keine Fahrzeuge in die Anstalt eingelassen, die in den Bereich des A-Hofs fahren wollen. Fahrzeuge, die in den übrigen Bereich der Anstalt fahren wollen, werden nur eingelassen, sofern der Fahrer genau bekannt ist (z.B. Viehhändler B..., Eierlieferant D...) Beginn und Ende der Freistunde sind der Außenpforte vom Aufsichtsdienstleiter jeweils zu melden.
11. Der Untersuchungsgefangene Meins wird auf Abteilung 2, Zelle 51 in strenger Einzelhaft gehalten.
12. Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden.
13. Die Zelle des U-Gefangenen ist Tag und Nacht unter doppeltem Verschuß zu halten. Der Riegel wird zusätzlich mit einem Vorhängeschloß versehen. Der Schlüssel wird vom Aufsichtsdienstleiter bzw. in dessen Abwesenheit vom Wachhabenden verwahrt. Die jeweilige Übergabe des Schlüssels ist in einem besonderen Buch zu vermerken. Ein Doppel des Schlüssels wird vom Inspektor für Sicherheit und Ordnung verwahrt.
14. Der Gefangene wird nur im Beisein des Aufsichtsdienstleiters in Begleitung eines zweiten Beamten in der Zelle aufgesucht.
15. Die Essensausgabe, der Kleidertausch, die Ausgabe von Reinigungsmitteln u.A. erfolgt ausschließlich durch Anstaltsbedienstete ohne Beisein von Gefangenen.
16. Der Abteilungsbedienstete der Abteilung 2 hat die Zelle des U-Gefangenen ständig unter Bewachung zu halten. Sobald irgendein Gefangener (z.B. Flurreiniger) in der Nähe der Zelle des U-Gefangenen beschäftigt ist, muß der Abteilungsbedienstete

unmittelbar dabei sein.

17. Vorführungen erfolgen nur nach Anweisung oder Genehmigung des Anstaltsleiters, seines Vertreters, des Inspektors für Sicherheit und Ordnung bzw. des Inspektors vom Dienst oder des Aufsichtsdienstleiters.
18. Vorführungen innerhalb des Anstaltsgebäudes erfolgen nur durch zwei Bedienstete gleichzeitig.
19. Einzelspaziergang mit Bewachung durch zwei Bedienstete. Von diesen ist ein Bediensteter bewaffnet. Er hat die Waffe verdeckt zu tragen. Einer der Bediensteten ist mit einem Funkgerät ausgerüstet. Ferner ist zu dieser Zeit bei der Pforte, bei dem Aufsichtsdienstleiter und bei dem Rundgangbediensteten je ein Funkgerät in Betrieb. Der Rundgangbedienstete kontrolliert während dieser Zeit den Bereich zwischen Außenpforte und Hausvateri und den Bereich zwischen Außenpforte und Durchfahrt zum B-Hof bis zur Wäscherei. Er hat eine Schußwaffe verdeckt zu tragen.
20. Der U-Gefangene ist bei der Bewegung im Freien ab Austritt aus der Zelle bis zu seiner Rückführung zu fesseln.
21. Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen einschließlich Kirchgang.
22. Tägliche Zellenkontrolle in Abwesenheit des Gefangenen und Leibesvisitation.
23. In der Zelle dürfen keine gefährlichen Werkzeuge (Scheren, Nagelzangen, Rasierzeug pp.) belassen werden. Wenn sich der Gefangene rasieren will, so ist ihm sein Rasierzeug mit eingespannter Klinge zu übergeben. Zwei Bedienstete haben das Rasieren zu überwachen und das Rasierzeug nach beendeter Rasur wieder einzuziehen und auf Vollständigkeit (Klinge) zu kontrollieren.
24. Zum Baden wird der Gefangene von zwei Bediensteten in das Bad der Hausvateri geführt.
25. Der Gefangene trägt Anstaltskleidung, sofern nicht für Einzelfälle etwas anderes angeordnet wird.
26. Keine Arbeitszuweisung.
27. Bei Gefahr im Verzuge treten die besonderen Anordnungen nach dem Sicherheits- und Alarmplan in Kraft.

Wittlich, den 26. März 1973
Der Anstaltsleiter

(Quelle: Nr. 10, S. 18f)



Überwachung der Gefangenen im 7. Stock in Stammheim

gené. Am 9.2.1973, nachdem Meinhof fast 8 Monate (seit 16.6.1972) in praktisch vollständiger akustischer und sozialer Isolation verbracht hatte, wurde sie in eine andere Zelle verlegt, der Hungerstreik abgebrochen.

Die Isolation der politischen Gefangenen jedoch, wird fortgesetzt, ja sogar verschärft. In einer Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht fordern die Gefangenen unter Hinweis auf die durch Isolation verursachten körperlichen Schäden die Einhaltung der minimalsten, im Grundgesetz der BRD verankerten Grundrechte, etwa des

Grundrechts der persönlichen Entfaltung (Art 2 Abs 1 GG). Das Gericht gelangt jedoch zur Ansicht, daß "das Grundrecht des Art 2 Abs 1 GG (...) von vornherein nur unter dem Vorbehalt der verfassungsmäßigen Ordnung gewährleistet" ist. Um politische GegnerInnen zu liquidieren, dürfen also Staatsorgane jene Verfassung, die zu schützen sie vorgeben, außer acht lassen. (siehe Beschluß vom 14.3.1973) "Unser Hungerstreik im Januar/Februar war erfolglos. Die Zusagen der Bundesanwaltschaft zur Aufhebung unsere Isolation waren dreck. Wir befinden uns wieder im

Hungerstreik."

Hungerstreik 8.5.1973-29.6.1973

"Wir verlangen:

-Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen und

-freie politische Information für alle Gefangenen - auch außerparlamentarische Medien."

Der entstehenden Öffentlichkeit gegen die Isolationshaft hält die Bundesanwaltschaft die Zahl der Verwandtenbesuche entgegen, die höher ist als bei anderen Gefangenen; damit läßt sich, wie die Gefangenen in ihrer Erklärung schreiben, "wenn man vom absoluten Gefrierpunkt ausgeht, natürlich Sand in die Augen streuen".

Ein Unding: Die Gefangenen sind 23 Stunden am Tag allein in "ihren"

Zellen, unterbrochen nur von Zellenrazzien oder Hofgang, der natürlich ohne Mitgefängene stattfindet. Jeder Versuch der Kontaktaufnahme wird mit dem Abbruch des Hofganges und, weil der Abtransport in die Zellen eben nicht reibungslos vor sich gehen kann, wenn mensch sich am letzten Strohalm von Kommunikation festklammert, mit Prügel geahndet. Information ist nur aus Rundfunk oder über die, über die Haftanstalt zu beziehenden Zeitungen möglich. Besuche oder Briefverkehr mit FreundInnen ist nicht gestattet. Die Zahl der Besuche von Verwandten ist doppelt so hoch wie bei anderen Häftlingen: durchschnittlich 2 Stunden im Monat. "Unser Hungerstreik ist dabei nichts als unsere einzige Möglichkeit zu solidarischem Widerstand in der Isolation. Ohne die Macht, die Gewalt der Straße, ohne die Mobilisierung der antifaschistischen Bürger, die für Men-

schenrechte und gegen Folter eintreten, auf deren Loyalität die Schweine noch angewiesen sind - hebt unser Hungerstreik unsere Ohnmacht nicht auf."

Erneut versucht die Justiz, den Hungerstreik durch Wasserentzug zu brechen. Einzelne Gefangene, unter ihnen Andreas Baader, waren nach 9 Tagen Wasserentzug bereits erblindet. Nachdem zwei Gerichte die Isolation am 29.6.1973 aufheben, wird der Hungerstreik abgebrochen.

wird fortgesetzt

Ebenfalls im nächsten TATblatt: Ein Interview mit Waltraud Boock, einer ehemaligen Gefangenen aus der RAF, die sich zehn Jahre in Österreich in Isolationhaft befand.

Meineide und blauer Dunst Schlußphase des Prozesses gegen Ingrid Strobl

(tb)

Daß die Weisheiten der Staatsschützer über die Strukturen der Revolutionären Zellen bestenfalls blauer Dunst sind und wohl kaum als Grundlage dienen können, einen Menschen zu jahrelanger Haft zu verurteilen, soll ein Beweisantrag seitens Ingrid's Verteidigung belegen: Generalbundesanwalt Rebmann soll zu seinen Äußerungen (ua. vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages) über die Struktur der RZ befragt werden. Rebmann hat dabei zB. eine 'Guerrilla diffusa' beschrieben, die dem von der Anklage behaupteten Konzept der 'Abschottung' der RZ diametral zuwiderläuft, wohl auch kaum den Anforderungen des Paragraphen 129a an eine "terroristische Vereinigung" entspricht.

Ein weiterer Beweisantrag, der prozeßentscheidenden Charakter haben kann, soll die Vernehmung drei weiteren MitarbeiterInnen der Weckerfirma Emes bewirken. Sie sollen belegen können, daß -- entgegen den beideten Aussagen der Zeugin Kirchner -- diese keineswegs während der gesamten Dauer des Weckerprogramms ausschließlich die Wecker verpackt und

numeriert hat.

Auch die Behauptung, daß Ingrid Strobl erst 1987 dem BKA bekannt geworden wäre, als sie zwischen die Zahnräder des Weckerprogramms kam, soll widerlegt werden. Die AnwältInnen Edith Lunnebach und Hartmut Wächtler stützen sich dabei auf eine Zeugenaussage im Prozeß, die ergeben hat, daß Ingrid Strobl bereits 1985 als Bezieherin einer RZ-Broschüre registriert worden sei. Für die Version der Verteidigung spricht auch, daß die Uhrenverkäuferin, Frau May, unter Eid bestätigte, daß ihr Fotos von Ingrid Strobl bereits "wenige Tage nach dem Weckerkauf" vorgelegt worden seien. Sollte diese Aussage von den Zeugen aus dem 14. Kommissariat der Kölner Polizei bestätigt werden, wäre damit auch die Falschaussage der BKA-Zeugen Deutesfeld und Finkler erwiesen.

Daß in diesem Prozeß keine Rechtsprechung nach den rechtsethischen Prinzipien, auf die sich der bürgerliche "Rechtsstaat" BRD immer wieder beruft, zu erwarten war, ist nicht neu. Henning Venske, Prozeßbeobachter und Münchner Kabarettist, beschreibt

in einem Interview die Prozeßführung folgendermaßen: "Die Fragen der Anklage wurden vom Gericht gestellt, und man hatte permanent das Gefühl, wie auch immer die Antworten der ZeugInnen ausfielen, als wollten die Richter nur einen Schuldbeweis von den ZeugInnen haben. Es wurde insistiert, suggeriert, unterstellt und eingeredet. Das Gericht zeigte überhaupt kein Interesse daran, sich ein objektives Bild zu machen."

Das Urteil wird sich danach richten, inwieweit das Gericht, insbesondere der Vorsitzende Richter Klaus Arend, fürchtet, bei einem von der Öffentlichkeit als zu hart empfundenen Urteil das Gesicht zu verlieren. Darum ist Öffentlichkeit gerade in dieser Schlußphase des Prozesses wichtig. Ulrike Meinhof: "Wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, wir können sie nur zwingen, immer dreister zu lügen" - nur: im eigenen Kämmerchen ist's leicht, sich in den Sack zu lügen. Schreibtischtäter wie Arend leben am besten im Dunkel des Paragraphendickichts.

Honduras

Die USA wollen bleiben

(Noe Leiva, APIA)

Wie aus honduranischen Abgeordnetenkreisen verlautet wurde, wird dem Kongreß in Kürze ein Vertragsentwurf vorgelegt werden, der die Präsenz der US-Truppen in Honduras verewigen soll. Das Abkommen wurde zwischen den USA und Honduras in Geheimverhandlungen seit 1984 ausgearbeitet. Als das Dokument bekannt und somit Gegenstand der öffentlichen Diskussion wurde, riß sich Außenminister Carlos Lopez Contreras die Haare aus, wie ein honduranischer Beobachter versicherte. Dennoch gingen die Verhandlungen weiter und konnten kürzlich "ohne Hindernisse", wie der Außenminister versicherte,

abgeschlossen werden.

Der neue Vertrag gilt als Annex zum "Militärabkommen über gegenseitigen Beistand" vom 20. Mai 1954, der die Grundlage für die Manöver und militärischen Übungen der US-Armee in Honduras bildet. Diese Übungen, die seit Oktober 1981 in ununterbrochener Folge stattfinden, haben nach offiziellen Angaben die Gewöhnung der Soldaten an die tropischen Umwelt- und Klimabedingungen zum Ziel. In den Jahren des Contra-Krieges war jedoch die materielle und logistische Unterstützung der antisandinistischen Freischärler und die Vorbereitung einer militärischen Intervention in Nicaragua das Hauptziel der US-Truppen in Honduras. Zu Beginn der Manöver gab das Pentagon auch bekannt, daß eine Unterbindung des Waffentransportes von Nicaragua an die salvadorianische Guerilla Ziel des Einsatzes der US-Armee in Honduras sei.

"Diese Manöver haben den Zweck, uns vor der dreifachen kommunistischen Gefahr zu schützen", formulierte es der Offizier James Strachan, Sprecher der Ahuas Tara-Manöver. Laut seinen Erklärungen bestünde diese Bedrohung "in der Verwendung nicaraguanischen Staatsgebietes zur Ausbildung einer kommunistischen Bewegung für Honduras, in der Verletzung honduranischen Territoriums zur Unterstützung der Kommunisten in El Salvador und in der massiven Zunahme sowjetischer Militärausrüstung in Nicaragua".

Nach niedrigen Schätzungen nahmen seit 1981 über 150.000 US-Soldaten an Übungen von Land-, Marine-, Luftwaffen- und Amphibieneinheiten teil. In der Nähe der 80 km nördlich von Tegucigalpa gelegenen alten Kolonialstadt Comayagua errichteten die Nordamerikaner ihren nach der Panamakanalzone zweitgrößten Militärkomplex in Zentralamerika.

Die Luftwaffenbasis Palmerola wurde mit einer Landepiste von 10 km Länge versehen, dem größten Flughafen des Landes. In der Folge bauten die US-Pioniertruppen an allen strategisch wichtigen Punkten des 112.000 km² großen Staatsgebietes eine militärische Infrastruktur auf: Flugplätze, Lager, Straßen. Entlang der 900 km langen Grenze zu Nicaragua entstanden zahlreiche Militärbasen wie die von San Lorenzo, Jamastran, Aguacate, Mocerón und Puerto Lempira. Auch die 343 km lange Grenze zu El Salvador wurde für militärische Zwecke erschlossen. Die USA errichteten auch zwei potente Radarstationen, die die ganze zentralamerikanische und karibische Region bedecken: eine auf dem Berg La Mole, 30 km südlich der honduranischen Hauptstadt, und eine auf der "Tiger-Insel" im Fonseca-Golf, den sich Honduras zusammen mit El Salvador und Nicaragua teilt. Und seit 1987 wurde die vor der Karibikküste gelegene "Schwanzinsel" zu einer Militärbasis zur Ausbildung und Versorgung der antisandinistischen Contras ausgebaut.

In Washington wurde ständig behauptet, die US-Präsenz in Honduras wäre bloß "vorübergehend". Das nun ausgearbeitete Zusatzabkommen beweist deutlich, daß das Pentagon nicht an eine Aufgabe seiner Positionen in dem zentralamerikanischen Staat - der "gemieteten Republik", wie viele Honduras wegen seiner Abhängigkeit von den USA nennen - denkt.

Außenminister Lopez Contreras wirft den Kritikern des Abkommens vor, "den Inhalt des Vertrages verdrehen zu wollen", und kündigte die baldige Abstimmung über den Entwurf im Kongreß an. Er erwähnte bei diesem Anlaß auch, daß gegenwärtig über zwei zusätzliche Abkommen mit den USA verhandelt wird: eines über die Errichtung einer neuen Radarstation und eines Kommunikationssystems zur Bekämpfung des Rauschgifthandels sowie ein anderes, das den USA erlauben würde, ebenfalls im Rahmen des Kampfes gegen den Drogenhandel honduranische Schiffe auf hoher See anzuhalten und zu durchsuchen.

Zur Abfeuerung mehrerer Tränengasbomben wurde eine neue Rakete mit großer Reichweite entwickelt. Sie soll verhindern, daß nur PalästinenserInnen von Giftgas betroffen werden, und nicht wie bisher manchmal auch die israelischen Soldaten. Weiters wurde eine neue Angriffswaffe vorgestellt, welche jeder Israeli aus eigenen Waffen abschießen kann. Es erzeugt einen ohrenbetäubenden Explosionslärm und soll bei den Betroffenen zu Panikreaktionen führen.

Palästina:

Neue Waffen gegen Intifada

(taz)

Die israelische Armee präsentierte den Militärkorrespondenten der israelischen Presse eine Reihe von neuen Aufstandsbekämpfungsprodukten. Zu den Neuerwerbungen der israelischen Armee gehört ein Flugzeug vom Typ ULM (ultraleicht-motorisiert), welches das Aufspüren palästinensischer Kundgebungsorte erleichtern soll. Der Zweisitzer soll Erkundungsflüge durchführen, die Hauptverkehrsadern überwachen und an "Spannungspunkten" filmen.

Der "Moskito", eine kleine ferngesteuerte Flugmaschine mit Kamera, die sich 25 Minuten in der Luft halten kann und nur 5 kilo wiegt soll direkt bei Demonstrationen u.ä. eingesetzt werden. Zur Kennzeichnung von DemonstrantInnen entwickelte die israelische Armee ein Gerät, das in der Minute 200 Liter Spezialschaum ausschleudert. Der klebrige, weiße Stoff bleibt auf Kleidung und Haut haften und soll die Identifizierung von DemonstrantInnen erleichtern.

Zur Abfeuerung mehrerer Tränengasbomben wurde eine neue Rakete mit großer Reichweite entwickelt. Sie soll verhindern, daß nur PalästinenserInnen von Giftgas betroffen werden, und nicht wie bisher manchmal auch die israelischen Soldaten. Weiters wurde eine neue Angriffswaffe vorgestellt, welche jeder Israeli aus eigenen Waffen abschießen kann. Es erzeugt einen ohrenbetäubenden Explosionslärm und soll bei den Betroffenen zu Panikreaktionen führen.

Brasilien: Das Schweigen brechen

Papst entmachtet Erzbischof von Sao Paulo

(Margit Pieber, APIA)

Gespannt warten 800 Priester auf die Ankunft von Erzbischof Fernando Evaristo Arns, der die Verfügung des Papstes, die Erzdiözese Sao Paulo in fünf Teile aufzusplittern, offiziell bekanntgeben wird. Kardinal Arns trifft in Begleitung von Bischof Angelico Sandalo Bernardo ein, der im Zuge der Umstrukturierung gerade seines Amtes im Stadtteil Sao Miguel Paulista enthoben wurde. Das Eintreffen der beiden kirchlichen Würdenträger wird mit tosendem Applaus gewürdigt.

Kardinal Erzbischof Arns erklärt in seiner Ansprache, daß er am 9. März 1989 von den Plänen des Papstes durch einen Brief von Kardinal Gantin Kenntnis erhalten hat. In diesem Brief habe Gantin von der Gründung von fünf neuen Diözesen in Sao Paulo gesprochen. Weiters sei die Rede von vier neuen Bischöfen gewesen.

"Ich habe die Befürchtung, daß durch diese Maßnahme 15 Jahre pastoraler Basisarbeit zunichte gemacht werden", teilt Kardinal Arns mit. "Ich werde aber selbstverständlich die Entscheidung des Papstes respektieren und hoffe, daß dies auch meine Bischöfe tun werden."

Der Entschluß des Vatikans zur Aufspaltung der Erzdiözese Sao Paulo läßt keine Fehlinterpretation zu. Die fünf neuen Diözesen werden nunmehr völlig unabhängig nebeneinander bestehen, sowohl in ihrer Struktur als auch in der Ausrichtung ihrer Arbeit. Sie umfassen 155 Pfarrgemeinden mit fast 7 Millionen Menschen. Die neuernannten Bischöfe werden in einem Gebiet arbeiten, in dem die sozialen Probleme be-

sonders krass sind.

Erzbischof Arns selbst verbleibt die neue Diözese Sao Paulo, deren Ausdehnung jedoch nur mehr ein Achtel seines bisherigen Wirkungskreises beträgt. Sein Aktionsradius wird sich künftig auf Stadtteile beschränken, die von Mittel- und Oberschichten bewohnt werden. Es ist klar, daß hier das Konzept der pastoralen Sozialarbeit, der Kirche der Armen, modifiziert werden muß.

Der Papst hat diesen Schritt in äußerster diplomatischer Form unternommen. Die ausgewählten neuen Bischöfe sind Vertreter eines moderaten Kurses und

haben keine direkte Verbindung mit dem konservativen Flügel des brasilianischen Klerus. Und die Pläne für die Aufteilung der Erzdiözese Sao Paulo stammen schließlich von Kardinal Arns selbst: Bereits im Jänner 1975 hatte er an Papst Paul VI einen Vorschlag übermittelt, worin er für eine Aufteilung in neun Diözesen eintrat. Die Grundidee war jedoch, diese Diözesen untereinander zu koordinieren, mit dem Erzbischof als höchste Instanz. Etwa nach dem Beispiel der Aufgliederung der Diözese Paris 1970. Dieser Vorschlag von Erzbischof Arns wurde nun, fast 15 Jahre später, zum Bumerang. Im Mai 1988 arbeitete Kardinal Gantin, konservativer Präfekt



der römischen Bischofskongregation, einen Gegenvorschlag aus. Erzbischof Arns erhielt daraufhin vom Papst die Zusicherung, es werde keine Entscheidung getroffen werden, ohne die Meinung des brasilianischen Klerus und der Betroffenen eingeholt zu haben.

Die Konfliktgeschichte der brasilianischen Kirche mit dem Vatikan ist bereits einige Jahre alt. 1985 inspizierten Abgesandte des Papstes die brasilianischen Priesterseminare. Im darauffolgenden Jahr wird der Befreiungstheologe Leonardo Boff nach Rom zitiert und mit einem einjährigen

Schreibeverbot belegt. 1987 wird Bischof Casaldaliga verboten, außerhalb seiner Diözese Messen zu feiern - der engagierte Bischof war dem Vatikan durch seine Reisen nach Nicaragua aufgefallen. In der Folge werden vom Papst ohne Anhören der lokalen Kirche neue Bischöfe in Recife und Salvador ernannt.

Der Großteil der katholischen Kirche Brasiliens ist über den jüngsten Schritt des Papstes empört. Die Kurie erhielt zahlreiche Protestbriefe. In Sao Paulo zirkuliert das Dokument "Das Schweigen brechen" (siehe Kasten), in dem die autoritäre Politik des Vatikans

scharf kritisiert wird.

Am 22. März 1989 begann in der Basilika Penha in Sao Paulo ein fünftägiger, von Basisgemeinden organisierter Hungerstreik. Allgemeiner Grundtenor: Schluß mit der Geheimpolitik des Vatikans. Gefordert wird ein offener Dialog mit der Nuntiatur. Der ehemalige Bischof von Sao Miguel Paulista, Dom Bernardo, meint dazu: "Ich verstehe die Empörung an der Basis. Ich bin jedoch der Meinung, daß das Problem innerhalb der Kirche diskutiert und gelöst werden muß."

Auszüge aus dem Dokument "Das Schweigen Brechen"

verfaßt von den Basisgemeinden der Diözese Sao Miguel Paulista

Priester und Laienpriester, die die pastorale Arbeit der lateinamerikanischen Kirche entscheidend mitgetragen haben, werden in zunehmendem Maß von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Darüber sind wir zutiefst betroffen.

Wir haben zehn Jahre geschwiegen, weil wir der Meinung waren, daß wir, besorgt um das Wohl aller, die Maßnahmen des Vatikans hinnehmen mußten. Heute bemerken wir, daß unser Schweigen einer Zustimmung gleichkam.

Christen und Nichtchristen wissen, daß die Politik des Vatikans keine Unterstützung seitens der Betroffenen besitzt. Erst kürzlich lehnten sich deutsche Priester und Theologen gegen die autoritären Methoden des Vatikans auf.

In diesem Manifest wollen wir eine Reihe von Disziplinierungsmaßnahmen des Vatikans gegenüber der brasilianischen Kirche aufzählen:

- 1.) Verbot von Volksmessen (1981)
- 2.) Verbot der Messen "Terra sem males" (1982), "Quilombos" (1985) und "Esperanca" (1984).
- 3.) Inspektion der Priesterseminare (1984)
- 4.) Inspektion der theologischen Fakultäten und Institute (1984)

5.) Verbot der Veröffentlichung von Schriften zur Befreiungstheologie (1986)

6.) Maßnahmen gegen Leonardo Boff und Pedro Casaldaliga (1985)

7.) Versetzung von Bischof Luciano Mendes de Almeida (1988)

8.) Vorschreibung neuer Lehrbücher an den theologischen Fakultäten

9.) Bischofs- und Kardinalsernennungen von Prälaten mit eindeutig konservativer Geisteshaltung

10.) Ständiges Mißtrauen seitens des Vatikans bei Zusammenkünften lateinamerikanischer Bischöfe

11.) Überdimensionierte Entscheidungskompetenzen einiger weniger Leute in der römischen Kurie

12.) Versetzung von Bischöfen in der klaren Absicht, die Verbreitung der Befreiungstheologie in der Erzdiözese Sao Paulo zu unterbinden

Bei der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla wurde von unseren Bischöfen festgehalten, daß "Kommunion und Mitbestimmung" die wichtigsten Elemente der Kirche sind.

Als Diener der Volkskirche beobachten wir mit Besorgnis das Auseinanderklaffen der Haltung der lateinamerikanischen Bischöfe und des Vatikans, der immer autoritärer seine Entscheidungen trifft.

Mexiko: Die vergewaltigte Frau

(Lilia Rubio, APIA)

Nach einigen Berechnungen beliefen sich die Fälle von Vergewaltigungen von Frauen 1988 auf über 80.000, andere sprechen von der Hälfte. Alle Statistiken zeigen jedoch, daß die Fälle von Sexualdelikten an Frauen aller Altersstufen jedes Jahr in alarmierendem Ausmaß zunehmen.

Allein in dem Stadtviertel Chimalhuacan in der mexikanischen Hauptstadt wurden im vergangenen Jahr im Durchschnitt fünf Vergewaltigungen pro Monat angezeigt. Dabei sind Sexualdelikte in Mexiko das Verbrechen mit der höchsten Dunkelziffer. In den meisten Fällen schweigen die Frauen aus Scham, weil sie gesellschaftliche Diskriminierung oder neue Übergriffe befürchten oder weil der Täter ein Familienmitglied ist. Andererseits verfügt Mexiko nicht über genügend materielle Mittel für therapeutische und Rehabilitationsmaßnahmen auf diesem Gebiet und genauso wenig über ausgebildetes Personal zur Betreuung der Opfer und der Täter. Das Thema Sexualerziehung in den Schulen existiert praktisch überhaupt nicht.

Vor einigen Wochen setzte Amalia Garcia - die erste feministische Abgeordnete seit der Einführung des Frauenwahlrechts vor 35 Jahren - eine ausführliche Diskussion über Sexualdelikte in Gang. "Wir wollen aufzeigen, daß die Vergewaltigung einer Frau einen Angriff auf die gesamte Gesellschaft darstellt", erklärt die Abgeordnete ihre Initiative.

Die Partei, der Amalia Garcia angehört, die "Mexikanische Sozialistische Partei" (PMS) schlug eine Erhöhung des Strafausmaßes bei Sexualdelikten sowie die Abschaffung der Kautions in diesen Fällen vor; weiters sollte die bloße Anzeige der Frau genügen, um eine Untersuchung einzuleiten.

Es ist zum erstenmal, daß dieses Thema in Mexiko auf höchster politischer Ebene diskutiert wird. Bis vor etwas mehr als 10 Jahren war es über-

haupt tabu. Die Diskussion darüber begann im Mai 1977, als zwei Französinnen eine Anklage wegen Vergewaltigung durch drei Männer, vermutlich Polizisten, erhoben. Seit damals wird das Thema in feministischen Kreisen diskutiert und werden entsprechende Kampagnen durchgeführt. Kurze Zeit später erregte der Fall von Cecilia Gonzales Balderas Aufsehen, die sich gegen eine Vergewaltigung zur Wehr setzte und dabei den Angreifer tötete.

Nur die bewußtesten und tapfersten Frauen wagen es, im Falle ihrer Vergewaltigung eine Anzeige zu erstatten. Die Behandlung durch die Untersuchungsbehörden ist manchmal genauso aggressiv wie das Delikt selbst. "Ich wurde nicht nur mehreren Verhafteten persönlich gegenübergestellt, sondern ich mußte den Untersuchungsorganen gegenüber genau rekonstruieren, was ich in dieser schrecklichen Nacht erlebt hatte", berichtete Jean McGuill. Die Nordamerikanerin mit mexikanischer Staatsbürgerschaft, die in einer Linksbewegung aktiv ist, wurde vor neun Monaten in ihrem Haus in Cuernavaca von vier Männern brutal vergewaltigt. Seit diesem Vorfall hat sich das Leben für die Frau und ihre 21jährige Tochter in einen derartigen Alptraum verwandelt, daß sie schließlich ihren Wohnort verließen und in einen anderen Bundesstaat übersiedelten. Die Behörden rieten ihr, lieber zu schweigen, damit ihre Tochter nicht auch noch vergewaltigt werde, die Fensterscheiben ihres Autos wurden mehrmals beschossen.

Präsident Carlos Salinas de Gortari bezog sich in seiner Ansprache zur Amtseinführung am vergangenen 1. Dezember auf das Ansteigen der Kriminalität und der Vergewaltigungen in Mexiko. Noch im selben Monat schlug der Präsident die Erhöhung des Strafausmaßes für Vergewaltigungen von sechs bis acht Jahren Haft auf acht bis vierzehn Jahre vor. In parlamentarischen und zwischenparteilichen Diskussionen konnten noch zusätzliche Errungenschaften oder zumindest

Zusagen erzielt werden. So wurde zum Beispiel eine eigene Behörde ins Leben gerufen, an die sich die Opfer von Sexualdelikten wenden können. Der Präsident der Justizkommission verpflichtete sich, ein Gesetzespaket zu diesem Thema auszuarbeiten, das im Herbst vom Parlament diskutiert werden soll. Weitere Neuerungen sind Hilfeleistungen auf rechtlichem, medizinischem und psychologischem Gebiet für das Opfer. Der Täter muß in Hinkunft für den Unterhalt des Opfers und für alle aus dem Delikt entspringenden Kosten (z.B. medizinische und psychologische Behandlung) aufkommen.

In Kürze soll eine neue Behörde zur Behandlung und Betreuung vergewaltigter Frauen geschaffen werden. Diese Instanz soll ein weibliches Ärzte- und Rechtsberatungsteam umfassen sowie eine Sondereinheit der Polizei und Sozialhelferinnen.

Maricarmen Sanche vom "Unterstützungszentrum für vergewaltigte Frauen" (CAMVAC) hofft, daß durch die Schaffung dieser neuen Einrichtungen 95% der Fälle von Vergewaltigungen behandelt werden können. "Bisher wurden nur 5% der Fälle behandelt, und davon wurde nur in 1% der Täter rechtlich belangt."

Nach Untersuchungen von CAMVAC und des Innenministeriums sind in zwei von drei Fällen die Täter verheiratete Männer und begehen das Delikt im Zustand der Trunkenheit oder unter Drogeneinfluß.

"Ich fühle mich sehr müde und deprimiert, doch ich werde meinen Kampf mit noch mehr Entschlossenheit fortsetzen", erklärte die Feministin und Aktivistin der trotzkistischen Partei Fatima Flores Palacios, die vergangenen Juni in ihrem Wahlkreis vergewaltigt wurde. "Ich fühle mich verpflichtet, allen Frauen zu sagen: Paßt auf, denn es laufen viele kranke und bösertige Männer frei herum!"



Neuerscheinung

Dokumente des Kampfes

UM DIE BEWUSSTMACHUNG UND REVOLUTIONIERUNG DER ARBEITERKLASSE

Unter diesem Titel hat die MLPÖ im März 1989 ihren zweiten Sammelband veröffentlicht, der wichtige Artikel aus der "Roten Fahne" enthält. (Ein erster solcher Sammelband ist bereits 1983 erschienen mit dem Titel "Dokumente des Kampfes GEGEN DEN KPÖ-REVISIONISMUS 1963-1971").

Über den Anlaß "25 Jahre Rote Fahne" hinaus hat die Veröffentlichung dieses Sammelbands mehrere Gründe.

Zum einen sind besonders wichtige Nummern seit langem vergriffen, die oft aber aktueller denn je sind. So z.B. der grundsätzliche Artikel "Mit den sowjetischen Sozialimperialisten und ihren Agenten kann es keine antiimperialistische Aktionseinheit geben!".

Zum anderen werden darin Ereignisse beleuchtet wie der Indochinakrieg und die Kulturrevolution in China, die besonders bei Menschen der jüngeren Generation fast nicht mehr gegenwärtig sind. Dabei liegt hier ein Erfahrungsschatz vor, dessen Auswertung unverzichtbar ist, um für heute und morgen daraus zu lernen.

Die Artikel zur Geschichte der internationalen und österreichischen Arbeiterbewegung sind zum Teil von Genoss/inn/en verfaßt, welche bei der Gründung der Kommunistischen Internationale, im Februar 1934, beim Bürgerkrieg in Spanien selbst noch dabei waren.

IM SAMMELBAND ENTHALTENE THEMENKOMPLEXE

- WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS (100 Jahre "Das Kapital"; Stalin über die Gefahr des Rückfalls der Sowjetunion zum Kapitalismus ...)
- PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS (Vietnam, Palästina, Chile...)
- CHINA UND ALBANIEN (Revolutionäre Errungenschaften bis zur Machtergreifung des Revisionismus in China nach dem Tod Mao Tsetungs 1976 bzw. zum völligen revisionistischen Niedergang danach auch der Partei der Arbeit Albaniens; Berichte von Besuchen von MLPÖ-Delegationen...)
- ZUR GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Der Weg zur KPÖ-Gründung, Februr 1934, hitlerfaschistische Okkupation...)
- FRAGEN DER ÖSTERREICHISCHEN INNEN- UND AUSSENPOLITIK (Auf dem Weg zum Polizeistaat; Zur Rolle der SPÖ und der SPÖ-Regierungen;

IM KAMPF FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-PROLETARISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (BAND II):



Dokumente des Kampfes

UM DIE BEWUSSTMACHUNG

UND REVOLUTIONIERUNG

DER ARBEITERKLASSE

WICHTIGE ARTIKEL AUS DER "ROTEN FAHNE"



MLPÖ

360 Seiten Großformat . . . S 170,- (DM 25,-)

Kampf gegen Provokationen und Repressalien; Was haben österreichische Soldaten in anderen Ländern zu suchen?...)

● GRUNDPROBLEME DES KLASSENKAMPFS IN ÖSTERREICH (Verstaatlichte Industrie; Arbeiter und Bauern; Studenten und Arbeiter; Lage der arbeitenden Frau...)

● VOM KAMPF FÜR TAGESFORDERUNGEN ZUM KAMPF FÜR DEN STURZ DES KAPITALISMUS (Zum Lohnkampf; der Kapitalismus verpestet die Welt; Notwendigkeit der proletarischen Re-

volution)

Selbstverständlich tragen die Artikel der RF den Stempel der Zeit und sind auch nicht frei von Fehlern und Mängeln. Darauf wird in einem ausführlichen Vorwort sowie, wo nötig, auch noch bei den jeweiligen Abschnitten des Sammelbands selbstkritisch eingegangen.

Die Herausgabe des Sammelbands soll ein Beitrag zur Debatte und Klärung der heute anstehenden Fragen sein. Diskussionsbeiträge und Kritiken sind willkommen.

Bestellungen an:

Zentraler Literaturdienst 1150/9 Wien Postfach 582

Erhältlich auch bei: Buchhandlung Winter. Landesgerichtsstr.20, 1 Wien

LeserInnenbriefe

Gedanken zur Funktion und Rolle des TATblatts

Ein linkes Zweitageszeitungsprojekt existiert, das TATblatt (derzeit in Form von Minusnummern). Es ist notwendig und angebracht, ein solches Projekt voranzutreiben, da die existierenden, bürgerlichen Medien Nachrichten unterdrücken oder verfälscht wiedergeben. Gerade in den letzten Wochen bemerkte ich anhand des Hungerstreiks in der BRD, daß fast ausschließlich das TATblatt aktuelle, ausführliche Nachrichten über den Hungerstreik brachte. Und gerade bei Themen, bei denen Aktualität wichtig ist, ist eine (Zwei-)Tageszeitung von Notwendigkeit. Nur durch eine mindestens zweitägige Erscheinungsweise kann Aktualität gewährt werden. Eine Nachricht verliert an Wert, wenn sie nicht mehr aktuell ist. Außerdem kann (muß?) das TATblatt als Diskussionsforum dienen, das in Österreich dringend notwendig ist. Unterschiedliche Positionen zu einem Thema könnten so in größerem Rahmen geführt werden. Denn Diskussionen in irgendwelchen Zeitschriften, die einen kleinen LeserInnenkreis ansprechen,

können zu einer gewissen Ghettoisierung führen. Gesellschaftliche Konflikte, Diskussionen, Problematiken müssen in die Gesellschaft hineingetragen werden, damit sie dort diskutiert und beseitigt werden können.

Und eine Zweitageszeitung kann diese Aufgaben übernehmen. Einerseits Informationen zu bringen, andererseits ein Diskussionsforum für verschiedene Meinungen zu sein.

Es können auch durch diesen offenen Charakter, der Diskussionen fördert, Leute interessiert/mobilisiert werden, die dadurch ihre passive Haltung aufgeben und sich engagieren, anfangen zu kämpfen. Ein gewisser gesellschaftlicher Umbruch kann dadurch ausgelöst und geführt werden.

Und es muß unbedingt dieser offene Charakter des TATblattes gewahrt bleiben. Denn wir brauchen nicht eine weitere, sondern eine andere Zeitung. Die Entwicklung der TAZ zeigt, daß ein solches Projekt Gefahr läuft, sich

von der linken Bewegung (ich zähle dazu weder die SPÖ noch Teile derer) abzuheben, und so nicht mehr von der Bewegung kommt, sondern nur mehr über sie berichtet.

Doch die Voraussetzung für alle diese angeführten Punkte ist, daß das TATblatt wirklich von einer breiten Basis getragen wird. Doch von der derzeitigen Situation kann mensch das nicht behaupten. Das liegt wahrscheinlich einerseits daran, daß viele noch nicht erkannt haben, welche Rolle das TATblatt als neues Informations- und Diskussionsmedium spielen kann. Andererseits liegt es sicher auch daran, daß das TATblatt noch zuwenig bekannt und verbreitet ist.

Darum gilt es, die Arbeit sowohl inhaltlich wie auch personell voranzutreiben. Es müssen Möglichkeiten zur besseren Bekanntmachung überlegt werden, damit die zweitägige Erscheinungsweise so schnell wie möglich erreicht werden kann!!!

Liebe TATblätterInnen!

Bisher habe ich von den unterdrückten Nachrichten, die ich an euch geschickt habe, nichts im TATblatt gelesen. Die Arbeitswelt kommt überhaupt zu kurz - da gibts schon eher eine studentische Schlagseite, ohne die beiden Bereiche gegenseitig ausspielen zu wollen.

Trotzdem alles Gute, L.S./GE

In dieser Nummer findest du wahrscheinlich etwas von deinen Zusendungen (wenns der Lay-outer nicht hinausgeworfen oder vergessen hat). Daß die Lohnarbeitswelt zu kurz kommt, stimmt sicher. Das liegt einfach daran, daß wir dazu zu wenig Meldungen und Artikel bekommen. An Leute, die in diesem Bereich politisch arbeiten, ist schwer heranzukommen. Und mit Presseausendungen kann mensch oft nur schwer etwas anfangen.

**Das nächste
T A T b l a t t
erscheint am
9. Mai**

**Redaktionsschluß für
diese Nummer ist der
2. Mai**

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller
Postanschrift:
1050 Wien; Postfach 282
Telefon: (0222) 54 23 07
Mailbox-Fach: (0222) 597 12 25 (Fach: TATblatt)
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212
DVR Nr: 0558371

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

"Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Flugblätter und dgl sind als Dokumente aufgenommen und Bestandteil des TATblatts. Sofern sie Impressi tragen, haben sie hier keine Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des TATblatts.

P.b.b.
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1050

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen.

Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrund-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, Leserinnenbriefe, usw.

Der TATblatt-Baustein (jetzt um S 96.-)

Baustein-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus-Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon. (Wegen des teureren Versandtarifes ist es für TATblatt-InteressentInnen aus dem Ausland notwendig, zwei Bausteine zu kaufen, um das TATblatt zugeschickt zu bekommen)

Mitgliedschaft (für nur 1 Schilling täglich)

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

TATblatt-Einzelverkaufsstellen:

Wien:

Buchhandlungen:

- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)

ferner:

- ARGE für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng. 3a/1/4/59)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstr. 99; Mo-Fr 19-2 Uhr)
- Das "Lokal" (8, Schönborngasse 11; tgl 18-2 Uhr)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)

- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zimmer 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Technische Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Weitere Wiederverkaufsstellen und HandverkäuferInnen in ganz Österreich werden laufend gesucht! Bitte meldet euch bei uns! HandverkäuferInnen erhalten S 5.- pro verkauften TATblatt.

Wiener TATblatt:

offene Treffen:

jeden Donnerstag um 19 Uhr
im TATblatt-Büro

Wien 5, Margaretengürtel 122-124/Stiege1/Keller
Telefon: (0222) 54 23 07

Grazer TATblatt

Kontakte:

Kristof (0316) 83 57 79 oder Elisabeth (0316) 96 23 63

Redaktionscafé:

jeden zweiten Sonntag um 19 Uhr im Café Thalia
(Opernring 5a)
(nächstes Mal am 7.Mai)